

Oliver Tolmein
Originalton deutsch
Medien und rechte Gewalt
EUR 11, SFr 20,30
ISBN 3-89458-131-X

Vorwort

Wie gehen die Medien mit rechter Gewalt um? Das ist eine Frage, auf die keine eindeutige Antwort gegeben werden kann. Weder gibt es die Medien noch läßt sich so einfach sagen, was das Rechte an der Gewalt, was das Gewaltförmige am Rechten ausmacht. Ich habe deswegen gar nicht erst den Versuch unternommen, die Medien und ihre Berichterstattung über rechts hier in allen ihren Facetten wiederzugeben und zu analysieren. Mir geht es nicht um Vollständigkeit, sondern um einen Trend, um den deutschen Mainstream - deswegen habe ich mich ausführlich mit Texten aus Blättern wie Zeit, Spiegel und stern, mit einzelnen Talkshows und Fernsehberichten beschäftigt. Denn Trends schlagen sich eher in den Hintergrundberichten und Reportagen nieder als in der vor allem auf Nachrichten orientierten Berichterstattung der Tageszeitungen.

Ich habe mich in meiner Untersuchung nicht auf Medien und rechte Gewalt beschränkt, sondern Exkurse über den Umgang der Medien mit dem Thema »Ausländerkriminalität« und über die Debatte um »political correctness« gemacht. Hier leisten Zeitungen und Rundfunksender durch Ignoranz und Deutschen-Lastigkeit ihren ganz eigenen Beitrag zur Beförderung einer rechten Hegemonie, der durchaus, obwohl scheinbar akademisch orientiert, ganz praktische und gewaltförmige Auswirkungen haben kann. Eine langfristige Veränderung des öffentlichen rassistischen Klimas setzt voraus, daß ImmigrantInnen nicht ausgerechnet in der Polizei ausführende Organe des repressiven Staates (meistens gezielt gegen andere ImmigrantInnen) werden können, sondern vor allem, ohne sich vorher brav assimiliert zu haben, in den Schaltzentralen der herrschenden Meinung zunehmend eigene Akzente setzen: und zwar nicht als Fachleute für »Ausländerfragen«, eher als ExpertInnen fürs Deutsche ...

Den zweiten Teil des Buches bilden Gespräche mit Journalisten, die in unterschiedlichen Medien tätig und in der Debatte engagiert sind. Mir ging es in den Gesprächen weniger um einen Streit, sondern darum, deutlich werden zu lassen, welche Diskussionen in den Redaktionen geführt werden, welche Überlegungen die Berichterstattung beeinflussen. Daß es kein noch kontroverseres Gespräch gegeben hat, liegt daran, daß einige Vertreter der »Diskussion mit jedem«-Position an der kontroversen Auseinandersetzung mit einem linken, als »pc«-Enthusiast eingeschätzten Autor kein Interesse hatten; auch von Verantwortlichen in öffentlich-rechtlichen Anstalten habe ich etliche Absagen erhalten.

Den Gesprächspartnern, die sich trotz ihres vollgestopften Terminkalenders Zeit genommen haben, danke ich hier nochmals. Daß »Der heiße Stuhl« das

Erscheinen dieses Buches nicht erleben würde, war zum Zeitpunkt des Gesprächs, im Mai 1994, nicht absehbar.

Medien, rechte Gewalt, AusländerInnen - das ist kein akademisches Thema. Die Situation von Flüchtlingen in Deutschland wird, auch wenn darüber wenig zu lesen ist, aufgrund staatlicher Gewaltmaßnahmen zunehmend dramatisch. Immer mehr Menschen, die in die Länder, aus denen sie kommen, nicht zurück können und wollen, weil ihnen dort Hunger, Folter oder Verfolgung drohen, werden hier in die Illegalität gezwungen. Neben der Öffentlichkeit, die notwendig ist, um die zunehmende Ausgrenzung von Flüchtlingen zu verlangsamen oder gar allmählich rückgängig zu machen, brauchen die von rechter und staatlicher Gewalt Bedrohten auch ganz banal - Geld. Deswegen geht eine Mark des Verkaufspreises dieses Buches an eine Initiative, die Flüchtlingen das Überleben in Deutschland ermöglicht.

Hamburg, Juli 1994 Oliver Tolmein

Medien und rechte Gewalt

Medien und rechte Gewalt, Medien und rechte Wahlerfolge, Medien und Rechte überhaupt - nach einem kurzzeitigen Schock angesichts des seit 1989 so offensichtlichen Auflebens nationalsozialistischer Ideologie und Praxis in Deutschland werden diese Themen in Talkshows, Fachzeitschriften und auf Tagungen immer wieder abgehandelt. Das Reden und Reflektieren über Medien, Rechte und Gewalt hat aber weder erkennbaren Einfluß auf die Berichterstattung selbst, noch hat es verhindert, daß die Diskussion wie in einer Endlosschleife immer wieder aufs neue abgespult wird, als wäre es das allererstmal. In den Medien gibt es zwar Standpunkte, zur offen ausgetragenen Kontroverse kommt es aber selten, eine kontinuierliche, sich entwickelnde Debatte ist genausowenig auszumachen.

Das hat seinen Grund vielleicht auch in einer stark verengten, oftmals geradezu absurd anmutenden Fragestellung. Sollen Rechte überhaupt zu Wort kommen?, war in den letzten Jahren eine der bevorzugten Fragen, an denen sich mehr oder weniger prominente Medienschaffende mit erheblichem Engagement abgearbeitet haben. Stefan Aust von »Spiegel TV« forderte beispielsweise in einem Interview mit TV Movie im Dezember 1992 unnachgiebig ein, was ihm ernstlich ohnehin niemand verwehren wollte: »Man darf sich nicht die Möglichkeit nehmen, Orginaltöne der Rechtsradikalen vorzuführen«. Kritisiert worden war aber nicht die Ausstrahlung von Orginaltönen, empört hatten sich KollegInnen von Aust über die angebliche Bezahlung von rechtsextremen Sprücheklopfern, die zum Interview gebeten worden waren. Spannender als die monologische Empörung darüber - es konnte nicht einmal das »Ob« befriedigend geklärt werden - wäre gewesen, sich damit auseinanderzusetzen, was Aust wohl mit »vorführen« gemeint haben könnte? Wem sollte was vorgeführt werden und mit welchem Ziel und mit welchen Erfolgsaussichten? Sind es gerade die Orginaltöne, die das »Vorführen« ermöglichen? Woran bemessen sich die Erfolge dieses Versuchs, gibt es Risiken?

Fragen, die erst viel später und in ganz anderem Zusammenhang in der Diskussion um Winfried Bonengels Film »Beruf: Neonazi« eine erhebliche Rolle gespielt haben - auch da waren, nicht zufällig, aber ohne daß jemand diesen Zusammenhang öffentlich bemerkt hätte, Stefan Aust und sein »Spiegel TV« wieder mit von der Partie, die den künstlerisch unstrittig mißlungenen, politisch fragwürdigen Dokumentarfilm in Vox senden wollten.

Aber nicht nur deswegen hätte es schon in der Frühphase der Auseinandersetzung über das Verhältnis von Medien und Rechten Sinn gemacht, genauer zu fragen, differenzierter zu argumentieren, als es die stereotype Fragestellung »Zeigen? Oder doch lieber schweigen?« nahelegt.; Als nach der Serie von Landtagswählerfolgen rechtsextremer Parteien 1992 ein NDR-Reporter den schleswig-holsteinischen DVU-Kandidaten ohne Anmeldung nach der Wahl aufsuchte, stolz darauf, ihn im Unterhemd erwischt zu haben, um ihm dann Statements zu »Überfremdung« und »repräsentativer Demokratie« abzufordern, mag das die erklärten DVU-GegnerInnen unter den ZuschauerInnen in ihrer Abneigung gegen den dumpfen Rassismus dieser Partei bestätigt haben. - Aber was hat es bei anderen ausgelöst, bei Unentschlossenen, AnhängerInnen und potentiellen FreundInnen der Rechten? Hatten sie auch den Eindruck, daß der Mann als Deutschnationaler entlarvt worden war? Und hat sie das gestört? Fühlten sie sich vielleicht doppelt bestätigt: zum einen als gewichtige politische Kraft, die vom Fernsehen berücksichtigt werden muß, zum anderen in der Überzeugung, von den »Etablierten« eh immer schlechter als alle anderen behandelt zu werden? Und ist es überhaupt interessant zu wissen, wie so ein Auftritt bei den SympathisantInnen der Nazis wirkt? Oder käme es nicht vielmehr darauf an zu sehen, wie ihn diejenigen beurteilen, die zwar nicht wählen dürfen, aber vielleicht unter den Ergebnissen der Wahlen am meisten zu leiden haben?

Vehementer noch als das »Recht« auf den rechten Originalton wurde das Recht, rechte Gäste zu Talkshows und Studiodiskussionen einzuladen, eingefordert - und bestritten. Dramatischer als die Debatte selbst geriet aber die Realität. Als Radio Bremens »III nach 9« 1990 Franz Schönhuber zum Talk ins Glashaus bat, flogen Steine, Antifas wurden verhaftet, der Rundfunkrat des Senders kritisierte die Einladung des rechtsextremen Politikers. Nach zwei Dritteln einer 1992 ausgestrahlten WDR-Talkshow über den Versuch Rechtsintellektueller, geistige Hegemonie zu erringen, bezweifelte der Schriftsteller Jurek Becker, ob es überhaupt sinnvoll war, den Chefredakteur der Jungen Freiheit, Dieter Stein, einzuladen. Margarete Schreinemakers Versuch, mit dem maßgeblichen Vertreter der »Auschwitz-Lüge«, Fred Leuchter, zu, ja was eigentlich, reden, streiten, plaudern, endete im Oktober 1993 bereits vor der Sendung. Leuchter wurde, sehr zum Ärger der Redaktion, die Zensur beklagte, festgenommen und schließlich ausgewiesen. DVU-Chef Gerhard Frey durfte in »Einspruch« über die Vorzüge der Todesstrafe rasonnieren. In der Talkshow »So!« des eher hilflos um Gesprächsdisziplin bittenden NDR-Chefredakteurs Robert Hetkämper konnte sich der Rechtsaußen-Soziologe Robert Hepp mit antisemitischen Tiraden profilieren. Eine Plauderei Thomas Gottschalks mit dem früheren stellvertretenden Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens Franz Schönhuber, der als »Republikaner«-Chef plötzlich auch zu den tendenziell von den Medien Ausgegrenzten zählte, endete mit einem Punktsieg Schönhubers und damit in allgemeiner medialer Empörung über Gottschalk. Das Gespräch von Friedrich Küppersbusch in »ZAK« mit demselben Gesprächspartner endete glimpflicher (siehe dazu das Gespräch mit ihm in diesem Band) - und provozierte entsprechend weniger harsche Reaktionen.

Eines ist diesen Gesprächen, die mittlerweile über fast alle Kanäle gegangen sind, allerdings gemeinsam: Sie haben die Kontroverse, mit wem diskutiert werden kann, darf und soll, faktisch entschieden. Der Auftritt rechtsextremer Politiker, rassistischer Skins, ausländerfeindlicher Musiker ist in den deutschen Medien nicht die Regel geworden, sie gehören (noch) nicht zur Standardbesetzung der diversen Gesprächsrunden - ihrem Auftritt haftet aber auch nichts Außerordentliches mehr an. Sendungen werden nicht mehr, wie noch vor der Wiedervereinigung, gestört und gesprengt, sie müssen nicht mehr quasi klandestin vorbereitet werden. Eine Auswertung der Folgen dieser neuen Gesprächsroutine hat dagegen nicht stattgefunden. Am ehesten gefallen sich die Akteure noch in der Rolle der Tabubrecher - wobei der Bruch dieses »Tabus« aufs Ganze gesehen so reibungslos und schnell vonstatten gegangen ist, daß bezweifelt werden muß, ob es überhaupt je ein Tabu gegeben hat oder ob nicht vielmehr bis dahin der Mangel an Anlässen und Gelegenheiten den Auftritt rechtsextremer Politiker verhindert hat. Daß eine Reflexion der neuen Situation in den Medien kaum stattgefunden hat, kann angesichts des geringen Interesses seiner MacherInnen, die eigene Arbeit kritisch zu analysieren (und würdigen zu lassen), nicht erstaunen. Es war wiederum Stefan Aust, der die zugrunde liegende Selbsteinschätzung prägnant in Worte gefaßt hat. Das Problem sehe er, sagte der Ex-Konkret- und Ex-»Panorama«-Redakteur im Gespräch mit der Zeitschrift TV-Movie, nicht in der Berichterstattung und Einladungspraxis der Medien: »Das Problem ist, daß häufig ohne Sinn und Verstand, vielleicht auch um die Bevölkerung zu entsprechenden Reaktionen zu provozieren, ein Asylantenheim irgendwohin gebaut wurde, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Asylbewerber auch alle einen Schlafplatz finden. Wie beispielsweise in Rostock, wo sie unter Bäumen schlafen mußten.«

Austs Statement ist aufschlußreich, weil es die Verantwortung »fürs Problem« ins Unbestimmte, ins Niemandsland zwischen Verwaltung und Regierung delegiert - und das in dieser Situation und angesichts der Fragestellung ja nicht einmal aus der Überlegung heraus, daß Aufgabe des Kritikers nur sein kann, Kritik zu üben. Für Aust stellen die Medien in dieser Auseinandersetzung gar keine eigene verantwortliche Kraft dar. Ursache für rechtsextreme Gewalt und rassistisches Ressentiment sind aus seiner Sicht offensichtlich unbedachte (oder hinterhältig gedachte) Verwaltungsakte. Neonazismus entstünde demnach nicht inmitten der Gesellschaft, im Zusammenwirken vieler Faktoren, sondern wäre eine einfache Abfolge von Aktion und Reaktion. Die nicht klar benannte »Politik« handelt aus Unbedacht oder, um Reaktionen der Bevölkerung »zu provozieren«, so, daß sich Pogrome wie in Rostock wenn auch nicht zwangsläufig, so doch zumindest logisch ergeben. Apart ist dabei, wie sich das offen artikulierte Verständnis für die Asylsuchenden, die »unter Bäumen schlafen mußten«, und das unausgesprochene Verständnis für die beim Pogrom applaudierende Bevölkerung mischen.

Es gibt selbstverständlich auch die Gegenposition. Der Karikaturist der Süddeutschen Zeitung Murschetz hat sie mit ein paar Strichen skizziert: Ein kleiner Mann, Franz Schönhuber, steht auf einer großen Bühne und wirft im Rampenlicht einen riesigen Schatten. »Der Schönhuber-Effekt: Ein Mann, beflissen angestrahlt, erscheint als Riese an Gestalt ...« Die Medien, und zwar insbesondere die elektronischen, die einen Mann ins Rampenlicht stellen, so die Botschaft, machen die Rechten erst richtig groß. »Ob Journalisten es wahrhaben wollen oder nicht: Viele Täter wurden erst durch die riesige Medienresonanz zu weiteren Anschlägen ermuntert. In den Wochen nach den ersten Vorfällen

gelangte förmlich jede Wirtshausschlägerei in die Nachrichten, wenn nur irgendein Betrunkener „Ausländer raus!“ gebrüllt hatte«, führt Wolfgang Schreiber im Fachblatt *journalist* diesen Gedanken nach den Morden von Solingen weiter.

Nun stimmt es zweifellos, daß die Medien, konkurrenz und um Quote bzw. Auflage bemüht wie sie sind, die Angriffe und Überfälle auch als gute Gelegenheit für sensationsträchtige Geschichten genommen haben, daß sie nach den aufsehenerregenden rechtsextremen Gewalttaten eine, allerdings kurze, Zeitlang aufmerksamer registriert haben, was sich auch im Kleineren tut. Inwieweit die Berichterstattung die Zahl der Anschläge nennenswert erhöht hat, wird sich dagegen nur schwer nachweisen lassen. Sicherlich falsch ist der Vorwurf, die Medien reagierten überzogen: Gemessen an der Brisanz des aufkommenden Rechtsextremismus, an den gesellschaftlichen Folgen, die diese rassistische Brutalisierung Deutschlands langfristig haben kann, ist die Berichterstattung der Medien keineswegs übertrieben ausführlich. Auch Hysterie und Panikmache lassen sich den meisten Texten, Filmen und Hörfunkbeiträgen zum Thema kaum nachsagen - eher frappieren die Auslassungen und eine Tendenz zur Nivellierung (wie noch am Beispiel der Magdeburger »Herrentag«-Berichterstattung gezeigt wird). Selbst nach dem Pogrom von Rostock sind beispielsweise bedrohliche Aufmärsche von Hunderten von Mannheimer BürgerInnen in der Schönau, die dazu geführt haben, daß die Flüchtlinge ihre Unterkunft kaum mehr verlassen konnten, überregional kaum zur Kenntnis genommen worden. Das Schicksal eines Mannes, den Wuppertaler Kneipengänger für einen Juden gehalten und deswegen zu Tode geprügelt haben, wurde erst durch die große Berichterstattung französischer Medien in die bundesdeutsche Infotainment-Landschaft gespült. Und 1994 ist die Zahl der fremdenfeindlich motivierten Straftaten zwar höher als in den Jahren zuvor, die Berichterstattung darüber hat aber nur noch marginale Bedeutung - wie bei anderen Themen setzt sich auch hier der Gewöhnungseffekt allmählich durch: Kurzmeldungen, Auslassungen und gelangweilte Zusammenfassungen prägen die Berichterstattung.

Es gibt aber auch weiterhin Ausnahmen. Die öffentlichen Reaktionen auf den »Magdeburger Herrentag« 1994 gehören dazu. Neben einer gewissen Zufälligkeit, die ein Ereignis zum Medienereignis macht, hat das sicher damit zu tun, daß hier wieder etwas Besonderes zu berichten war. Das Desinteresse der Polizei, den vom deutschen Mob verfolgten Ausländern zu helfen, war so offensichtlich wie sonst selten. Anders als sonst oft war die Polizei schließlich vor Ort, hat allerdings erkennbar motivierter die sich gegen den rechten Angriff zur Wehr setzenden Ausländer festgenommen als die aggressive deutsche Horde.

In der Nachbereitung von Magdeburg zeigt sich aber auch eine Linie, auf die sich nicht wenige BerichterstatteInnen und Medien allmählich zu verständigen scheinen. »Gewaltbereit gegen alle« ist der Bericht von Gisela Friedrichsen über den »Prozeß wegen der „Ausländerjagd“ in Magdeburg« überschrieben. Daß Ausländerjagd in Anführungszeichen gesetzt wird, deutet schon an, daß die Reporterin nicht wirklich dramatisch fand, was sich an diesem »Herrentag« ereignet hat. Und in ihrem Prozeßbericht führt sie tatsächlich einen Ansatz fort, der auch schon in ihren ersten Texten über Gerichtsverfahren gegen Rechte nach den Pogromnächten von Hoyerswerda auszumachen war.

Die Angeklagten werden als hoffnungslose deklassierte Jugendliche beschrieben, die von der Gesellschaft im allgemeinen und der Justiz im besonderen in eine

völlig falsche Ecke gerückt werden. Für Friedrichsen ist der Prozeß gegen rechte GewalttäterInnen von keiner anderen Qualität als der gegen andere StraftäterInnen - zumindest was die Angeklagten angeht. Rechte sind die Straftäter in ihren Augen jedenfalls nicht, im Gegenteil. Zumindest der Ausgangspunkt ihres aktuellen Tuns scheint ihr verständlich: »Sie haben keine politischen Gedanken im Sinn, allenfalls ein dumpfes Gefühl im Bauch, nicht mehr „links“ sein zu wollen, nach all dem sozialistischen Drill in der Kindheit.« Und weil sie ihnen glauben möchte, daß sie nicht rechts sind, sondern nur nicht mehr »links« sein wollen, nimmt sie auch ihre sonstigen Bekenntnisse unkritisch zur Kenntnis: »Sie sind nicht ausdrücklich gegen Ausländer, sondern einfach gegen alle und alles.« Wären ihnen, spekuliert Friedrichsen, statt der Schwarzen »Bayern mit Lederhosen oder australische Golfspieler oder die Heilsarmee« über den Weg gelaufen, »so wären vermutlich sie attackiert worden«.

Eine Überlegung, die die Autorin auch schon zu Beginn ihres Textes umgetrieben hat, ist: »Die Angst, die Ausländer in Magdeburg plagt, plagt auch Deutsche. Sie plagt die Stadtmenschen ... zum Beispiel in dunklen Unterführungen und Parkhäusern.« Nur haben sich die in Magdeburg verfolgten Afrikaner nicht in dunklen Unterführungen und Parkhäusern aufgehalten, sondern im Park, nicht nächtens, sondern am helllichten Tag, und es sind eben in den letzten Jahren nicht Tausende von Bayern überfallen worden, weil sie Lederhosen trugen, sondern Menschen, weil sie eine dunkle Hautfarbe haben. Eine Erkenntnis, die Wochen zuvor sogar Spiegel-Redakteure veranlaßt hat festzustellen: »Leben in Magdeburg bedeutet für Ausländer, vor allem wenn sie eine schwarze Hautfarbe haben, ständig diskriminiert zu werden.«

»Gewalt von und zwischen Jugendgruppen kann überall aufflackern und sich gegen jedermann richten«, beharrt dagegen Gisela Friedrichsen und führt als Beweis an: »In Magdeburg haben am Herrentag deutsche Jugendliche einen deutschen Behinderten aus der Straßenbahn geworfen.« Eine angesichts der zu Beginn des Jahres geführten Medien-Kontroverse über die Zunahme rechtsextremer Gewalt gegen Behinderte erstaunliche argumentative Leistung. Charakteristischer als dieser Versuch, ausgerechnet durch den Verweis auf die Gewalttat gegen einen (deutschen) Behinderten die Hatz auf Farbige zum allgemeinen, also nicht spezifisch rassistischen Gewaltphänomen zu normalisieren, ist das Nach- und Nebeneinander der beiden Spiegel-Texte zum Thema.

Kurz nach dem am »Herrentag« (Himmelfahrt) erfolgten Überfall haben zwei Spiegel-RedakteurInnen mit vier in Magdeburg lebenden AusländerInnen ein Gespräch »über ihre Ängste und ihren Alltag in Magdeburg« geführt: »Hier kommt kein Neger rein« (Spiegel 25/1994, S. 51 ff). Immerhin eines der eher seltenen Beispiele, in denen die Bedrohten und Verfolgten in den deutschen Medien selbst ausführlich zu Wort kommen. Wenngleich einschränkend gesagt werden muß, daß die vom Spiegel Befragten allesamt seit langem in Deutschland leben, nicht als Flüchtlinge hierher gekommen, sondern von der DDR-Regierung als Vertragsarbeiter angeworben worden sind und insofern gegenüber Asylsuchenden einen besseren Status genießen. Fragwürdig ist das Spiegel-Interview aber vor allem, weil die vier Menschen gerade nicht über ihren Alltag, sondern eigentlich nur über ihre Ängste befragt werden, weil sie ausschließlich als Opfer zu Wort kommen. Die Fragen entwickeln ein Szenario, in dem AusländerInnen als verängstigte, in die Passivität getriebene Menschen erscheinen, denen kaum etwas übrig zu bleiben scheint, als das Land zu

verlassen: »Wie sind Sie denn entkommen?«, »Haben Sie ständig Angst?«, »Haben Sie keine deutschen Freunde?«, »Das heißt, Sie sind nach Feierabend immer zu Hause?«, »Möchten Sie in Deutschland bleiben?«. Die Befragten brechen mit ihren Antworten aus dem strengen Opfer-Raster, in das sie getrieben werden, nicht aus - sie wirken so, als seien sie froh, sich ihren Frust, ihre Angst und ihre Verzweiflung über ihre Erlebnisse in Deutschland einmal von der Seele reden zu können.

Durch die Veröffentlichung im Spiegel verändert das Gespräch aber, was den wahrscheinlich medienunerfahrenen GesprächsteilnehmerInnen anders als den RedakteurInnen nicht bewußt gewesen sein dürfte, seinen Charakter. Was Ansatzpunkt für weiterführende Überlegungen und Reflexionen sein könnte, bleibt isoliert und wird ausgestellt. Die Intention des auf der einfachen Beschreibungsebene verharrenden Gesprächs bleibt unklar, seine Wirkung ist dagegen offensichtlich entmutigend. Die Lage ist für AusländerInnen nicht nur desolat, sie erscheint so auch unabänderlich. Das Ergebnis dürfte den Magdeburger Skins, wenn sie denn Spiegel-Gespräche lesen würden, bei allem Unbehagen darüber, daß sich die AusländerInnen überhaupt so ausführlich zu Wort melden dürfen, durchaus gefallen. Denn Mitleid mit den dermaßen an den Rand Gedrängten, eine der möglichen Reaktionen auf so ein Gespräch, bleibt erfahrungsgemäß aus.

Daß das Spiegel-Gespräch aus Anlaß der Magdeburger »Herrentags«-Hatz so eindeutig und ausschließlich die Hilflosigkeit und die Opferrolle der AusländerInnen akzentuiert, irritiert vor allem, weil das Bemerkenswerte an den Magdeburger Vorfällen ja gerade war, daß sich ImmigrantInnen schließlich militant und recht erfolgreich gegen die deutschen Angreifer gewehrt haben. Anders als sonst häufig, war es in Magdeburg auch kaum möglich, die Gegenwehr als »Jugendgewalt« zu denunzieren oder als Straßenschlacht zwischen konkurrierenden »Gangs«. Es hätte also die Möglichkeit gegeben, durch ein Gespräch, zum Beispiel mit Leuten, die an den Auseinandersetzungen beteiligt waren und sich gewehrt haben, mit mehreren Klischees zu brechen, AusländerInnen oder farbige Deutsche nicht nur als Bedrohte zu Wort kommen zu lassen, sondern auch als Handelnde.

Das war aber offensichtlich nicht gewollt. Bezeichnenderweise wird die Tatsache, daß sich Bedrohte gegen die rassistische Gewalt gewehrt haben, erst im fünf Wochen später veröffentlichten Prozeßbericht von Gisela Friedrichsen herausgestrichen - die Bewertung ist allerdings eindeutig negativ: »... alle, die sich am Abend dieses Sauf- und Rauftages in den Krankenhäusern der Landeshauptstadt Magdeburg befanden ... (sind) ausschließlich Deutsche.« Und am Ende des Artikels noch einmal deutlicher: »Ein Zeuge ... sagte allerdings aus, er habe beobachtet, wie Ausländer einen Deutschen verfolgten, niederschlugen und auf ihn eintraten ... Das wurde vom Gericht übergangen.«

Mit keinem Wort geht Gisela Friedrichsen auf das ja immerhin im eigenen Blatt veröffentlichte Interview mit Magdeburger AusländerInnen ein. Indem sie schreibt, Magdeburg sei, was wahrscheinlich stimmt, »keine Hochburg des Rassismus«, sondern eher eine Hochburg ganz unspezifischer Gewalt - »die Angst, die Ausländer in Magdeburg plagt, plagt auch Deutsche« -, übergeht sie den ganz spezifischen Rassismus einfach. Gisela Friedrichsen verhält sich damit wahrscheinlich so wie ein erheblicher Teil ihrer LeserInnen - und belegt eindringlich, wie problematisch ein Interview ist, das gerade nicht die Schärfe

des Konflikts deutlich macht, sondern nur ein simples und unzutreffendes Täter-Opfer-Schema reproduziert.

Daß das Interview und der Prozeßbericht von Friedrichsen, zwei gegensätzliche und sich widersprechende Texte, im Blatt erscheinen, ohne daß es dazu auch nur eine Erklärung gibt, mag OptimistInnen als Beweis für den Pluralismus im Spiegel dienen - mir scheint es eher ein Beleg für die geringe Rolle zu sein, die man dieser Facette des Themas »Ausländerfeindlichkeit« beimißt. Unzweifelhaft ist jedenfalls, daß Friedrichsens Artikel hervorragend in den deutschen Mainstream einfließen kann und daß er, der die Zustände in Deutschland sehr viel vorteilhafter erscheinen läßt, derjenige sein dürfte, der nachhaltiger wirken wird. Denn diese Beobachtungen in den beiläufigen Gesprächen über Gewalt sind eingängiger - und kommen, anders als die subjektiven Erlebnisse der befragten AusländerInnen, scheinbar von neutraler Seite und wirken damit objektiv.

Während viele AutorInnen und Medien versuchen, rassistische deutsche Jugendliche (dieser Begriff wird in der Öffentlichkeit sehr großzügig ausgelegt - bei Bedarf gehen auch 30jährige noch als »Jugendliche« durch, wenn sie mit ein paar jüngeren Menschen zusammen gewirkt haben) als »nicht wirklich rechts« darzustellen und so zu integrieren, wird gegenüber rechten Funktionsträgern eine scharfe Abgrenzungsstrategie praktiziert.

Ein gutes Beispiel dafür, daß auch durch diese Abgrenzung oftmals ihre Objekte entpolitisiert werden, ist die Berichterstattung über den Chef der rechtsextremen »Republikaner« Franz Schönhuber. Im Frühjahr 1994 ist bevorzugtes Thema der meisten Medien, die über Schönhuber berichten, die Zerstrittenheit der Partei. »Wo immer Republikaner in Parlamente gelangen, herrschen bald Zwietracht und Stümperei in der rechtsextremen Partei«, informiert beispielsweise der Spiegel seine LeserInnen im Mai. Nachhaltiges Medienecho hat auch der Austritt der langjährigen »Republikaner«-Funktionärin Martina Rosenberger, die enthüllen darf, daß die »Reps« eine rechtsradikale und nichtwählbare Partei sei - gerade so, als wäre das in den Jahren zuvor anders gewesen. Der Austritt von Martina Rosenberger führt nicht zu einer Untersuchung der politischen Entwicklung und der Bedeutung der »Republikaner«, sondern zu einer weitgehend unkritischen Weitergabe ihrer Vorstellungen und Überlegungen. Sie ist die langersehnte Kronzeugin, die eine eigene und intensivere Auseinandersetzung mit dem Thema unnötig macht - und damit natürlich auch verhindert, daß Wirkungen der »Republikaner« auf die etablierten Parteien unter die Lupe genommen werden.

Vergessen ist auch, daß die Medien schon einmal das Aus für die Partei und das Ende von Schönhuber konstatiert haben: Im Wahljahr 1990 amüsierte sich die Republik über gefällig aufbereitete Informationen über eine mit dem siderischen Pendel politisierende »Rep«-Funktionärin, über Invektiven, die Parteipapiere füllten, und die persönliche Eitelkeit mancher rechter Politiker.

Ausgrenzen und ächten?

Der lustvolle Voyeurismus, mit dem etliche Medien Intrigen und Streitereien bei den »Republikanern« verfolgen und anprangern - und hoffen, daß sich so, qua interner Querelen, das »Problem« von selbst erledigen könnte, impliziert ja auch, daß eine ordentlichere, fleißigere und von weniger streitsüchtigen Menschen geführte Rechtsaußen-Partei akzeptabler wäre (was, so offen ausgesprochen, selbstverständlich scharf bestritten wird).

Dazu steht dann allerdings die allgemeine Empörung über Schönhubers antisemitischen Ausfall gegen den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, im Widerspruch. Schönhuber hatte Bubis als »einen der schlimmsten Volksverhetzer Deutschlands« bezeichnet und festgestellt: »Derjenige, der in Deutschland für den Antisemitismus sorgt, ist Bubis«. Anlaß für Schönhubers Ausfall war eine Stellungnahme von Bubis zum Anschlag auf die Synagoge in Lübeck. Doch in diese allgemeine Aufregung mischt sich aufdringlich und kaum zu überhören oder zu übersehen, auch wieder die Sorge ums eigene, ums deutsche Ansehen. »Unverhüllt gegen nationale Interessen der Deutschen gerichtet« sei Schönhubers Äußerung, befindet die Rheinische Post, »der Vorgang ist widerlich und schadet uns allen«, kritisiert die Stuttgarter Zeitung, »wenn sich im Ausland der Eindruck verfestigt, das politische Deutschland stehe Haßtiraden gegen Juden teilnahmslos gegenüber, wird politischer Kredit mit atemberaubender Geschwindigkeit verspielt«, befindet der Bonner General-Anzeiger. Und immer wieder findet auch die Metapher Verwendung, Schönhuber habe seine Maske fallen gelassen - was angesichts eines Mannes, der seine parteipolitische Karriere mit einem Bekenntnis zur Waffen-SS eröffnet hat, etwas absurd, auf jeden Fall nicht sehr durchdacht anmutet.

Tatsächlich gewinnt man bei der Lektüre dieser Batterien von ähnlich lautenden Kommentaren, die gegen den ehemaligen stellvertretenden Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens von seinen Ex-Kollegen abgefeuert werden, den Eindruck, hier werde vor allem ein wohlfeiles Ritual der Empörung absolviert. Insofern läuft die Aufforderung eines taz-Kommentators, Schönhuber zu »ächten«, ins Leere, denn geächtet ist der Ex-Journalist in dieser Phase genauso selbstverständlich, wie er früher geachtet wurde.

Aber die taz will letzten Endes nicht nur ächten, sondern fordert auf, die »gesellschaftliche Diskussion« mit den Schönhubers zu beenden, sie auszugrenzen und nicht mehr zu Wort kommen zu lassen: »Warum dürfen weiterhin rechtsradikale Wahlsports im Fernsehen ausgestrahlt werden? Weshalb werden zu Talkshows Leute wie der Auschwitz-Leugner Fred Leuchter eingeladen? Was macht den besonderen Reiz aus, wenn Intellektuelle in einschlägigen Blättern Interviews geben? Weshalb müssen Briefträger gegen ihren Willen rechtsradikale Pamphlete verteilen? Um des Dialogs willen?« (taz 30.3.94).

Gute Fragen, die wie vieles in dieser Debatte rhetorisch gemeint sind - und die Rhetorik vermag nicht so recht zu überzeugen, weil die taz selber sich eigentlich eher als Adressatin eignen würde, denn als Anklägerin. Gerade das reflektiert der Kommentator aber überhaupt nicht. Als Adressatin empfiehlt sich das nicht ganz so alternative Medium nicht nur, weil einige der kritisierten »linken« Interview-Geber in Blättern wie der Jungen Freiheit auch in der taz als Autoren oder gern zitierte Linken-Kritiker präsent sind (wie Wolfgang Kowalsky von der IG Metall oder Tilman Fichter von der SPD). Die taz war auch in Sachen Schönhuber auf der Seite derer, die eine Ausgrenzung Schönhubers hintertrieben haben. Nach seinen schönsten Wahlerfolgen bekam er in der Zeitung die Möglichkeit, sich in einem ausführlichen und nicht sonderlich kritischen Interview (taz 19.5.1992) zu erklären. »Wird Schönhuber gelegentlich von seinen Anhängern mißverstanden? Das ist auch Marx passiert«, tröstet Henryk M. Broder den Alt-Nazi und fragt weiter: »Wären die „Republikaner“ damit eine Neuauflage der Außerparlamentarischen Opposition, die neue APO von rechts?«,

»Macht Ihnen Politik Spaß?« oder, da stellen wir uns mal ganz dumm, »Gibt es ein ausländerfeindliches Potential, das zu den „Republikanern“ drängt?«. Schönhuber nutzt die günstige Gelegenheit und präsentiert sich als Deutschenfreundlicher Nicht-Ausländerfeind, der sich von Friedhelm Farthmann und Edmund Stoiber wegen zu harscher Töne absetzt, den NSDAP-Mann Strasser, von Broder als »linker Flügel« der NSDAP charakterisiert, Verhalten lobt und sich vor allem für den »kleinen Mann« engagiert. Nichts also, was unter die Oberfläche der Parteien-Werbung geht - ein klassischer Fall von »Tabubruch« ohne Inhalt, aus reinem Interesse daran, etwas Ungewöhnliches gemacht zu haben, erleichtert durch das gute Gefühl, dabei nichts verlieren zu können.

Auch ein Gespräch von Andre Müller mit Schönhuber in der Zeit (26.6.1992) enthält hauptsächlich ähnliche Platitüden. Wenn Müller beispielsweise fragt: »Hatten Sie nach dem Krieg überhaupt die Möglichkeit, sich zu entscheiden?«, ist Schönhubers Antwort fast zwangsläufig: »Ich hab mich manchmal auf schwerste Art durchgeschlagen.« Und auch Müller sorgt sich darum, daß der ehemalige Waffen-SS-Mann vielleicht von »Extremisten« mißverstanden werden könnte: »Das glaube ich nicht«, antwortet Schönhuber, nachgefragt wird nicht.

Der Ächtung und Ausgrenzung von Rechten, die auf Erfolgskurs sind, das zeigt unter anderem das Beispiel »taz und Schönhuber«, stehen Eigeninteressen der Medien, die Originelles präsentieren und sich damit profilieren wollen, entgegen. Dazu kommt, daß Ächtung und Ausgrenzung von überaus vielen KommentatorInnen und RedakteurInnen auch nicht als gute und geeignete Mittel im Kampf gegen rechts angesehen werden, sie also bestenfalls in besonders dramatisch wirkenden Situationen lauthals, aber auch dann nicht sonderlich ernsthaft gefordert werden. Das läßt sich an der kurzen Halbwertszeit der Empörung und an der Folgenlosigkeit im eigenen Medium ablesen.

In sehr seltenen Fällen wird versucht, die Ächtung und Ausgrenzung in der direkten Auseinandersetzung mit Rechten zu praktizieren. Der Thüringer Allgemeinen ist dabei ein erstaunliches Interview mit Franz Schönhuber gelungen, das besticht, weil es nicht wie die Gespräche in der taz oder der Zeit förmlich, freundlich, interessiert, sondern auf einer klaren konfrontativen Linie geführt wurde. Eine Zuspitzung, die Schönhuber mehrmals dazu getrieben hat, mit dem Abbruch des Interviews zu drohen, ohne daß er sich dabei als »Opfer« hätte profilieren können, denn die Interviewer haben ihn weder beleidigt noch denunziert, sondern nur beharrlich befragt. »Sie werden wissen, daß Sie von Interviews wie diesem keine Freundlichkeiten zu erwarten haben - warum geben Sie sie dennoch?«, ist die Eröffnungsfrage, die den Medien-Diskurs (darf man mit Rechten reden?) interessant umkehrt: Warum reden Rechte eigentlich mit uns? Schönhuber findet diese Eröffnung offensichtlich auch überraschend und begibt sich trotzig in die Defensive: »Weil ich nichts zu verbergen habe.«

Auch Henryk Goldberg und Hanno Müller, die Interviewer der Thüringer Allgemeinen, wollen wie Andre Müller und Henryk M. Broder wissen, ob Schönhuber nicht »Beifall von der falschen Seite« erhält. Auf dessen Antwort hin - »manchmal ja« - bohren sie aber, anders als die anderen Interviewer, nach: »Von wem?«, wollen sie wissen, »aber an Stellen, die doch in ihren Reden vorhanden sind?«. Schönhuber windet sich: »Wenn ich vor Tausenden Leuten rede, kann ich mir nicht jeden aussuchen, der zuhört. Da kommen oft Leute, die mir optisch nicht gefallen...« Frage: »...optisch?« Schönhuber: »Leute, die mir nicht gefallen.« Frage: »Weil sie Ihr demokratisches Image stören?«

Schönhuber: »Lassen Sie mich ausreden. Leute, die nicht meinen politischen Vorstellungen entsprechen...« Frage: »Immerhin vertreten Sie eine Politik, die diese Mißverständnisse mindestens ermöglicht.« Und später, konkret auf Rostock bezogen, insistierend: »Rostock, das müssen doch Sternstunden für Sie gewesen sein. Wurde da nicht auf der Straße erledigt, was Sie mit Ihrer Politik« Schönhuber: »Unterstellen Sie mir nicht Ausländerfeindlichkeit, dann breche ich das Gespräch sofort ab.« Frage: »Warum so aggressiv? Den Wahl-Werbespot, bei dem Bilder von Ausländern mit dem Lied vom Tod unterlegt wurden, vergißt man nicht so schnell ...« Schönhuber: »Was ich darüber denke, habe ich mit der Partei auszumachen, aber nicht bei Ihnen. Ich meine es ernst, wir hören sofort auf.«

Schönhuber kann und will das Gespräch aber nicht wirklich abbrechen, die Fragen sind legitim, er bekommt die Möglichkeit zu antworten - es wird ihm nur unmöglich gemacht, sich als braver Demokrat und Ausländerfreund hinzustellen. Sachkundige Fragen, aber auch eine erkennbar durchgehaltene Strategie unterlaufen Schönhubers sonst eher geschwätzige und egomanische Ausweichtaktik. Das Problem, daß Schönhubers potentielle und tatsächliche AnhängerInnen ihr Idol trotzdem schlecht behandelt wähen oder ihn trotz seiner schwachen Leistung großartig finden, daß also allein die Tatsache, daß Schönhuber eine knappe Seite der Thüringer Allgemeinen füllt, ihn in den Kreis der ehrenwerten Gesellschaft einreicht, löst auch dieses Interview nicht. Genausowenig, wie es verhindern kann, daß ausländische bzw. nichteingebürgerte BewohnerInnen Deutschlands, die keine auch nur vergleichbar laute und in den Medien präselektierte Interessenvertretung haben, sich schon alleine durch das Erscheinen eines solchen Gesprächs mit einem Stück Feindseligkeit konfrontiert sehen.

Einen ähnlichen Versuch wie die Thüringer Allgemeine hat auch der Westdeutsche Rundfunk unternommen. Ende 1992, als Auftritte von Rechten in den diversen Medien gerade Hochkonjunktur hatten, widmete sich die renommierte Talkshow »Drei vor Mitternacht« dem Thema »Ist konservativ wieder schick - über die Salonfähigkeit rechter Gedanken«. Um nicht selber rechte Gedanken talkshowfähig zu machen, hatten die Moderatorinnen Wiebke Bruhns und Gisela Marx eine starke Riege linksliberaler Prominenter eingeladen. Der Schriftsteller Jurek Becker, der Kabarettist Dieter Hildebrandt und Siegfried Jäger, der sich einen Namen mit der kritischen Untersuchung rechter Diskurse gemacht hat, sollten den geladenen Rechten, den Chefredakteur der Jungen Freiheit, Dieter Stein, nicht aus der Defensive lassen.

Schon der Auftakt zeigt, daß nicht das harmlos-interessierte Geplauder gefragt ist, die Moderatorinnen gehen auf Konfrontationskurs zu Stein. »Sie haben zwei Neonazis in ihrer Redaktion sitzen«, geht Gisela Marx den damals 26jährigen Stein an, hakt nach, als der ausweicht, nennt Namen und weitere Verbindungen, als Stein versucht, die Junge Freiheit als bloß konservatives Blatt darzustellen. Nach den ersten zehn Minuten der Befragung des Chefredakteurs ist zweierlei klar: Der junge Rechtsintellektuelle bekommt in dieser Sendung keine Chance aufzutumpfen, er wird die Sendung aber auch nicht als Verlierer verlassen. Der geladene Rechtsaußen wird zwar vorgeführt - dazu werden aber auch alle Regeln der Höflichkeit und der Talkshow-Etikette außer Kraft gesetzt. Stein wird gefragt, bekommt aber kaum Gelegenheit, zu antworten und auszuweichen. Versucht er sich, was selten genug geschieht, von selbst in die Diskussion einzumischen, fahren ihm entweder Siegfried Jäger, Dieter Hildebrandt oder eine der

Moderatorinnen über den Mund. Oder es wird plötzlich das Thema gewechselt und darauf insistiert, daß Stein erklären soll, »wie der Staat beschaffen sein muß, in dem Sie sich wohl fühlen?«. Daß die Gesprächsteilnehmer und Moderatorinnen in der Regel über Stein als »er« reden, sich ansonsten aber direkt und mit Namen ansprechen, komplettiert den schlechten Eindruck.

Es wirkt geradezu erlösend, als Jurek Becker, der sich bis dahin weitgehend zurückgehalten hat, nach ungefähr zwei Dritteln der Sendezeit sagt: »Es ist eine ungute Situation, daß drei oder fünf Leute sich einen vornehmen sollen. Ich hätte abgeraten, Herrn Stein einzuladen. Ich halte Tischerücker für Trottel. Wenn nun welche daherkommen, die Tischerücken wissenschaftlich begründen wollen, interessieren die mich nicht. Und im Grunde genommen haben wir es hier mit einem solchen Fall zu tun. Herr Stein wird sich niemals auf die primitiven Diskussionen der Rechtsradikalen einlassen. Er wird immer sehr viel gediegener, sehr viel gesitteter formulieren, so daß der Eindruck entstehen muß, so schlimm ist er ja gar nicht.« Die Reaktion auf Beckers Intervention ist verblüffend. Während Dieter Stein selbst unsicher grinsend schweigt, gibt die Moderatorin Marx, die ja für die Zusammensetzung der Runde mitverantwortlich ist, nicht etwa Kontra oder begründet die Einladung von Stein, sondern wirft nun ihrerseits die »interessante Frage« auf, ob man »unabhängig von Stein, Rechte in solche Diskussionsrunden einladen soll«. Nach kurzem Hin und Her, in dessen Verlauf Becker darauf beharrt, daß die Einladung Steins falsch war, weil sie weder der intellektuellen Auseinandersetzung gedient habe noch Stein selber ein unverzichtbares Ereignis wäre oder etwa das Thema »Rechtsextremismus« ohne die Einladung von Rechten nicht zu behandeln wäre, siegt die Routine - die Talkshow geht bis zum langweiligen Ende weiter.

Bemerkenswert an diesem Beispiel ist, daß das vorgegebene Thema - »Ist konservativ wieder schick« - in der Runde keine Rolle gespielt hat und darauf auch keine Antworten gefunden wurden, weil die Fixierung des Gesprächs auf den anwesenden Herrn Stein zu einer weitgehenden Ausblendung der gesellschaftlichen Realität in der BRD geführt hat. Daß am nachhaltigsten ausgerechnet die Frage der Wahlstrategien der SPD gegen die »Republikaner« diskutiert wurde, sagt zwar manches über die offenbar bemerkenswert einheitlichen parteipolitischen Präferenzen der meisten Anwesenden, aber wenig über das tatsächliche politische Klima bzw. eine aussichtsreiche antifaschistische Politik aus.

Daß Stein trotz allem wahrscheinlich kaum mehr als Mitleidspunkte kassieren konnte, liegt vor allem daran, daß er sich, wie auch Schönhuber im Gespräch mit der Thüringer Allgemeinen, als eigentlich recht zahmer Demokrat darstellen wollte, statt die Gelegenheit zur rechten Offensive (die er im »live«-Gespräch gehabt hätte) zu nutzen. Anders als bei Schönhuber dürften allerdings die Mitleidspunkte für Stein zahlreich ausgefallen sein, weil er objektiv schlecht behandelt und überdies als fernsehunerfahrener Anfänger gleich von einer ganzen Riege Medienprofis in die Mangel genommen worden ist. Damit ist er einerseits überschätzt, andererseits aber auch überbewertet und damit aufgewertet worden. Insofern scheint zwar das Konzept dieser Talkshow entschiedener und parteilicher als das vieler anderer Interviews und Gespräche mit Rechten zu sein - zeigt aber auch die Schwierigkeiten, gerade in einem »live«-Medium wie dem Fernsehen. Die Garantie, argumentativ gut gegen »die Rechten« auszusehen, wird mit offensichtlicher Unfairneß und mit dem Verzicht

auch ein etwas tiefgründigeres Reflektieren des eigentlichen Themas erkaufte - der Punktsieg kann sich so auf längere Sicht als Pyrrhussieg erweisen.

Medienkampagnen gegen Ausländerhaß

Die Medien reagieren aber nicht nur mit ihrer Berichterstattung oder mit Talkshows auf rechte Gewalt in Deutschland. Vor allem die Hörfunk- und Fernsehsender haben sich auch mit eigenen Kampagnen gegen Ausländerfeindlichkeit profiliert. Den Anfang hat der Hessische Rundfunk gemacht, der im Oktober 1991, kurz nach den Überfällen in Hoyerswerda, zusammen mit Werbeagenturen eine Kampagne - »Ausländerhaß: Nicht mit uns!«, »Stoppt den Mob« - initiiert hat. Im Verlauf dieser Kampagne, die am 3. Februar 1992 mit einer einstündigen »live«-Sendung im HR-3-Fernsehen - »Mob gestoppt?« - abgeschlossen wurde, sind mehrere Spots gezeigt und Plakate produziert worden. _

Charakteristisch für diese Kampagnen ist, wie pauschal »die Politik« zum Verantwortlichen für ein gesellschaftliches Phänomen gemacht wird. Auch daß sie zusammen mit Werbeagenturen entwickelt und produziert wurden, ist keineswegs Zufall - und findet später in der Koproduktion von Werbemenschen und JournalistInnen bei der Idee und Propagierung der Lichterketten ihre spektakuläre Fortsetzung. Zwei Wissenschaftler, die das Engagement des HR umfassend analysiert haben, Schröder und Twyker, haben dazu überzeugend festgestellt: »Ein großer Teil der Werbung zielt auf Substitutionseffekte, d.h. (sie hat) Substitutionsmöglichkeiten zur Voraussetzung. Eine Spirituose wird gegen eine andere ausgetauscht, Butter gegen Margarine.« In der Werbewelt werden entsprechende Parolen später heißen: »Gewalt ist die falsche Wahl«, und in der HR-Kampagne, die als Ziel propagiert, den »Mob« zu stoppen, ohne ihm militant entgegenzutreten, also qua Überzeugung oder Erkenntniseffekt, wird so getan, als ließe sich eine gewaltförmige rassistische Orientierung einfach austauschen.

Twyker und Schröder halten dagegen: »Handlungsleitende moralische Normen, so sie denn wirklich handlungsleitend sein sollen, haben sich jedoch in einem sehr langen, Sozialisation genannten Prozeß mit der Person verbunden und sind nicht durch die manipulativen Strategien der Werbung so zu beeinflussen, daß sie ausgetauscht werden können ... Der freundliche, lockere Dauerkonsument, der, wenn es angebracht ist, auch ein Häppchen Moral und Ausländerfreundlichkeit zu sich nimmt... der ist das Leitbild.« Anhand einzelner Bestandteile der Kampagne, zum Beispiel des von Thomas Gottschalk bis Steffi Graf unterzeichneten »Ich bin ein Ausländer«-Prominenten-Plakats legen die beiden HR-Kritiker dar: »Was im Plakat propagiert wird, sind jene Muster blinder Identifikation, die eine Voraussetzung für solche Anschläge bilden.« Kurz: »Aus den Festungen der Sendeanstalten nehmen die Vertreter der richtigen Gesinnung die Bevölkerung unter Beschuß.« Wobei der »Beschuß« eine, angesichts des mörderischen Themas, verunglückte Metapher ist.

So überzeugend diese Kritik an der Kampagne, in der AusländerInnen übrigens auch wieder nur als Opfer-Staffage erhalten müssen (z.B. für ein Plakat: »Wer hilft mit Zeinab anzuzünden?«), auch ist, so kurios und damit wieder voll in den deutschen Mediendiskurs integriert muten die Vorschläge des Autorenduos an, wie mit dem »Problem« medial umzugehen wäre. Schon ihr Ausgangspunkt ist fragwürdig: »„Ausländerfeindlichkeit“ bildet sich als das dramatische, alle Bürger betreffende Problem erst über die Artikulation eines diffusen Unbehagens durch

die unausgesetzte mediale Veröffentlichung suggestiv abgefragter Stimmungen und Ressentiments. Zum „Ausländerproblem“ und, korrelativ als Folge dieser Statements, zum Problem der „Ausländerfeindlichkeit“ wird das Gefühl des Unbehagens erst angesichts des Versagens unseres politischen Systems und dies wiederum in dem Maße, wie das Fernsehen permanent entsprechende Statements als im Volke gärende virulente Erklärungsmuster sendet. Persönliche Gefühle von Unbehagen und Bedrohtheit erscheinen dann verallgemeinerungsfähig« (medium, 1/94, S. 22 f.).

Die berechtigte Kritik an dieser in den Medien beobachteten Haltung führt zu einer Relativierung der rassistischen Stimmung in Deutschland, die, als nur durch »persönliche Gefühle von Unbehagen und Bedrohtheit« hervorgerufen zu analysieren, deutlich verkürzt ist. Wenn schon der enge Zusammenhang von Wiedervereinigung und wiedererwachtem Stolz, Deutscher zu sein und als solcher zu handeln, Schröder und Twyker nicht bemerkenswert erscheint, so hätte doch mindestens das gleichzeitige Erstarken von Antisemitismus und Aggressionen gegen Behinderte und Obdachlose, die Dominanz deutscher Männer bei den Überfällen, die besonders gewaltförmigen Auftritte des Mobs in Situationen des Sieges (z.B. nach der vorletzten Fußballweltmeisterschaft) und das Zusammenwirken der zunehmend herrischer auftretenden deutschen Politikerkaste (Jugoslawien-Krieg, out-of-area-Einsätze, Grundrechtsbeschneidungen) den Autoren Anlaß sein müssen, die Motive, Antriebskräfte und Interessen der neuen deutschen Gewaltbereitschaft tiefer zu verorten.

Auch die Gleichsetzung von »Ausländerfeindlichkeit« und »Ausländerproblem«, die Schröder und Twyker in ihrer Arbeit vornehmen, die, fixiert auf die Medien, die Wirklichkeit, aus der die Medien schöpfen, nicht mehr wahrnimmt, ist ein fataler Schritt zur Relativierung des Rassismus, der nur von einem deutschen Forscherduo, das eben nicht bedroht wird, gegangen werden kann. Aus diesem, auch im Vergleich zur eigenen, teilweise scharfsichtigen Kritik an der HR-Kampagne, oberflächlichen Ursache-Wirkungs-Modell und der Negierung der tatsächlichen Gefahrenlage kann nur die Empfehlung kommen, dem Rechtsextremismus »mit Fakten und Argumentationen zu begegnen«, anstelle einer »fragwürdigen moralischen Rahmung«, die eine »Sachdiskussion erschwerte«. Zum Beispiel schlagen sie vor, eine »Anzeigenserie zur ökonomischen und sozialen Funktion und Leistung der Ausländer in unserem Land, mit Hinweisen auch auf ihre Bedeutung für Kultur und Lebensqualität« zu schalten. Zwar beugen Schröder und Twyker dem Einwand, damit würde die »Deutschland-zuerst!«-Haltung noch unterstützt, mit dem Hinweis vor: »Nicht um mit ihrer Nützlichkeit für sie zu werben, wohl aber als öffentliche Richtigstellung falscher Tatsachenbehauptungen und demagogischer Wertungen.«

Das ändert aber nichts daran, daß damit eine Beweisspflicht dafür, daß Rassismus falsch ist, erst einmal anerkannt ist und, ganz selbstverständlich, die Gruppe der Bedrohten, die AusländerInnen (oder die dafür wegen ihrer Hautfarbe oder ihres Habitus gehalten werden), zum »Problem«, über das aufgeklärt werden muß, gemacht wird. Im übrigen zeigt die Rassismus-Forschung (und Schröder und Twyker haben das ja in anderem Zusammenhang auch selbst erkannt), daß dem Ressentiment eine tieferegreifende soziale und kulturelle Prägung zugrunde liegt: So wie hier manipulative Werbestrategien nicht greifen, wird auch eine neutrale »Aufklärungsstrategie« wirkungslos bleiben. Schon Fragen wie die nach der »Lebensqualität« oder der »sozialen Funktion von Ausländern« lassen keine

objektiven Antworten zu, weil darin Werte und Zielvorstellungen mitschwingen, die keine sachliche Grundlage haben (können). Gefragt ist hier im Gegenteil eine klar erkennbare Parteilichkeit - was ja nicht mit manipulativer und oberflächlicher Stimmungsmache gleichzusetzen ist.

Nach dem Hessischen Rundfunk und in Zusammenhang mit der juristischen Auseinandersetzung um die Ausstrahlung von Wahlsspots rechtsextremer Parteien hat auch der WDR eine Initiative gestartet: »Gegen Dummheit und Gewalt: Flagge zeigen!«.

Ein heruntergekommener kleiner Laden, irgendwo auf irgendeinem Kiez. In der schwülen Hitze an der Kasse steht ein fetter, zigarrerauchender Deutscher, im Hintergrund dudeln süßliche Heimatklänge. Ein freundlicher Schwarzer wedelt mit einem Zehn-Mark-Schein - er will Sprudel kaufen, kommt aber nicht zum Zuge. Der Kassierer winkt versoffene Bierkäufer vor, läßt eine alte Frau bezahlen, nimmt negerkußkauenden Mädchen die Groschen für eine Zeitung ab. Und keiner der bevorzugten deutschen Kunden solidarisiert sich mit dem diskriminierten Schwarzen. Rassismus in Deutschland. Das Szenario ist zum Kotzen - aber keineswegs unrealistisch. Stereotyp, klassisch, normal. Dann betritt ein etwa dreißigjähriger Deutscher den stickigen Verkaufsraum, zieht sich eine Maske übers Gesicht, holt die Knarre raus und räumt die Kasse aus, dem Schwarzen gibt der Robin Hood die heißersehnte Wasserflasche, der Kassierer wird gefesselt. Rassismus lohnt sich nicht.

Der Werbespot des WDR »Gegen Dummheit und Gewalt« ist damit aber leider nicht zu Ende. Wir erleben in der ersten Reihe sitzend Völkerverständigung vom Feinsten: Der Schwarze haut dem gefesselten Rassisten nicht etwa noch eins aufs Auge, sondern steckt ihm den Zehn-Mark-Schein in die Hemdtasche, löst die Knebel und teilt mit ihm brüderlich den frisch erworbenen Sprudel. Fröhlich lachend sitzen beide schließlich vor der Tür und trinken sich einen. Aus dem Off klingt leicht ironisch, letzten Endes aber doch schwer überzeugt: »Mit kleinen Gesten fängt die Freundschaft an - gegen Dummheit und Gewalt, Flagge zeigen!«

Rassismus ist eigentlich gar nicht so schlimm, zumindest schnell zu überwinden, die Bedrohten und Diskriminierten müssen nur tapfer durchhalten und immer freundlich bleiben - das ist die eine Botschaft, die dieser Spot, der gegen die Wahlsspots rechter Parteien gesendet wird, verbreitet. Die zweite ist: Wenn man sich erst einmal begegnet, ist der erste Schritt zur Verständigung getan - man muß nur offen für Erfahrungen sein. Der WDR schreibt dazu in einer Pressemitteilung: »Die Spots enthalten... eine überraschende Wendung, ein kleines Staunen, eine kurze Nachdenklichkeit. Ziel ist es nicht, Betroffenheit herzustellen oder gar Schuldgefühle, sondern die positive Bestätigung, sich für das friedliche Zusammenleben mit Ausländern aktiv einzusetzen.« Aber wer wird in diesem Spot nun positiv bestätigt?

Der Rassist ist in dieser Sequenz durch Gestus und Outfit so unsympathisch gezeichnet, daß niemand darauf kommen wird, sich mit ihm zu verwechseln. Immerhin wird er aber insofern positiv bestätigt, als er am Ende einen neuen Saufkumpan bekommen hat. Die tatenlos zusehenden, mitmachenden anderen Kunden betreten die Szenerie nur so kurz, daß sie eher wie Komparsen wirken als wie die eigentlichen Ansprechpartner (»Flagge zeigen!«). Der einzige, der tatsächlich »Flagge zeigt!«, ist der Räuber, der sich mit dem Diskriminierten

solidarisiert und ihm sein Wasser gibt - für das normale, durch die Kriminalitätsdiskussion hochsensibilisierte Fernsehpublikum ist er aber, schon weil er raubt und gewalttätig ist, diskreditiert. Daß seine an sich verdienstvolle Tat, den rassistischen Kassierer handlungsunfähig zu machen, ihm Fesseln und Knebel anzulegen, ausgerechnet durch den Schwarzen selber aufgehoben wird, der ihn freiläßt, ihm Geld zusteckt und mit ihm Bruderschaft trinkt, als wäre nichts geschehen, nimmt dem Spot vollends jede Brisanz. Entsprechend ist dann auch die Parole so allgemein wie möglich gehalten und blendet jeden politischen Zusammenhang von Gewalt gegen AusländerInnen (tatsächliche oder vermeintliche) aus: Ganz allgemein »Gegen Dummheit und Gewalt!« ist schließlich nahezu jede und jeder.

Ähnlich wie dieser erste Spot, in dem der Schwarze mal als Bittender und Diskriminierter, mal als freundlicher, menschlicher Helfer aus der Not, nicht aber als selbstbewußt aktiv Handelnder erscheint, ist auch der zweite Kurzbeitrag dieser Serie konzipiert. Zwei kleine, südländisch aussehende Kinder gehen durch eine Straße und sehen eine bedrohlich feixende Skinhead-Horde auf sich zumarschieren. Tapfer fassen sie sich bei den Händen, gehen weiter, der Katastrophe entgegen, die unvermeidlich wäre, wenn sich ihnen nicht mittlerweile eine Phalanx entschlossener BürgerInnen aller Berufe und Altersstufen, darunter auch freundliche Polizeiwachtmeister, angeschlossen hätten. Die Skins verlieren sich beim Aufeinandertreffen in dieser Gruppe, ändern die Richtung und ziehen mit ihr weiter - nur einer bleibt entschlossen und verbittert stehen. Das kleine Mädchen dreht sich um und winkt ihn mit dem Finger zu sich. Der Kommentar aus dem Off: »Die einen wissen, wo's langgeht - die anderen nicht! Gegen Dummheit und Gewalt, Flagge zeigen!«

So wichtig es ist zu zeigen, daß entschlossenes Auftreten Skins in Grenzen halten kann, so problematisch ist es, daß die Bedrohten selber auch in diesem Spot wieder keine eigene Handlungsperspektive haben, sie sind potentielle Opfer oder bestenfalls Objekt von Solidarität - aktiv werden sie wieder erst am Ende: Sie wollen auch den letzten verhinderten Täter noch in die neue Gemeinschaft einbeziehen.

»Auf das Täter-Opfer-Schema wurde dabei (bei der Konzeption der Spots, O.T.) bewußt verzichtet«, heißt es in der WDR-Mitteilung. Die Täter werden nicht mehr als Täter, sondern als schnell zu überzeugende Menschen gezeigt, den »Opfern« bleibt versagt, die Situation selbst zu beeinflussen, sich erfolgreich zu wehren. Das Täter-Opfer-Schema ist zweifellos keine gute Alternative - es hat aber gegenüber dem, was der WDR anbietet, den Vorzug, zutreffend zu beschreiben, daß es Täter und Opfer gibt, und nicht nur fehlgeleitete und richtiggeleitete Menschen.

Die Botschaft der WDR-Bilder ist versöhnlich, ihr Inhalt grob verharmlosend: Zwar wird durch Untenansichten und Schrägeinstellungen sowie harte Gegenschnitte Dramatik erzeugt - von der grenzenlosen Brutalität rechtsextremer Gewalttäter ist aber so wenig zu ahnen wie von ihren tiefsitzenden Ressentiments. Wenn eine kurze Begegnung auf der Straße mit einer Gruppe massiv auftretender Deutscher und AusländerInnen reicht, gewaltbereite, rassistische Skins zurück in die Gesellschaft zu holen - warum halten dann die Fernsehanstalten ihr Extraengagement für notwendig? Wenn Rassismus in Deutschland nur Ausdruck von ganz allgemein zu verortender

»Dummheit« wäre, wie erklärt sich dann die enorme politische Wirkung der extremen Rechten in der deutschen Politik?

Auch der Ansatz der anderen vom WDR in Zusammenarbeit mit »ZAK«-Autoren erarbeiteten Spots wirft ein bezeichnendes Licht auf die Vorstellungen dieser öffentlich-rechtlichen Kampagne-MacherInnen. Einer der Beiträge bezieht seinen Witz aus der Gegenüberstellung von jahrtausendealten Kulturleistungen asiatischer und afrikanischer Gesellschaften und fehlender germanischer Hygiene (»...während man hierzulande noch in den Busch kackte«); zwei weitere Spots machen darauf aufmerksam, daß auch in der »typisch deutschen« Lindenstraße zahlreiche ausländische Figuren mitspielen. Besonders der zweite dieser Lindenstraßen-Spots hinterläßt einen schalen Nachgeschmack: Während die Lindenstraßen-Vollversammlung fröhlich scherzt, ertönt aus dem Off das knappe Kommando »Ausländer raus«, und tatsächlich verschwindet ein gutes Drittel der eben noch Lachenden im Nichts. Eine weitere Stimme aus dem Off fragt, ob »wir« die Lindenstraße »wirklich ohne Ausländer« wollen. Ein Schauspieler erwidert knapp: »Wir nicht«, die Verschwundenen erscheinen wieder, prompt ist auch die gute Stimmung wieder da.

Die pädagogische Botschaft, ohne Ausländer ist das Leben ärmer, greift zwar die Vorstellung, die Schröder und Twyker in ihrer Kritik der HR-Kampagne entwickelt haben, auf, sie ist aber von ähnlicher Art wie der Spruch der Politiker und Leitartikler, die Angriffe auf Flüchtlinge kritisieren, weil sie »dem Ansehen Deutschlands« schaden. AusländerInnen, das ergibt sich als Konsequenz dieser Verknüpfung von Anti-Rassismus und Hervorheben der positiven Funktion von AusländerInnen in Deutschland, haben das Recht auf Anwesenheit, auf Nicht-zusammengeschlagen- und Nicht-ausgewiesen-Werden, wenn sie das Leben der Deutschen bereichern, sie sollen nicht überheblich diskriminiert werden, weil ihre Vorfahren Beachtliches geleistet haben - die Beweislast liegt aber in jedem Fall bei ihnen.

Ihre Anwesenheit und unsere Nicht-Gewalttätigkeit sind keineswegs selbstverständlich, sondern bedürfen letztlich eines guten, den deutschen Interessen dienenden Grundes. Die Medien, die sich mit diesen Wahlspots ja immerhin, wenn auch nicht mit offenen Worten, gegen rechts engagieren, fallen damit gleichzeitig hinter die eigenen, zumindest zeitweilig verkündeten Erkenntnisse zurück. Die CIVIS-Preisträger Bednarz und Pleitgen, die das politische Profil des WDR ja maßgeblich prägen, haben zum Beispiel in ihren Tagesthemen-Kommentaren nach dem mörderischen Brandanschlag von Solingen am 30. Mai 1993 gerade den Zusammenhang von rassistischer Gewalt und politischer rechter Mobilisierung in der Mitte, wie sie vor allem durch die Asyldebatte forciert worden ist, hervorgehoben. Kommt die rechte Gewalt aber aus der Mitte der Gesellschaft, wird sie von dort, wie sich das seit der Wiedervereinigung Deutschlands in vielen Wahlergebnissen und anlässlich zahlloser kleiner und größerer Anschläge und Verfolgungsjagden niedergeschlagen hat, unterstützt oder mindestens toleriert. Deshalb zielen Spots, die auf ein bißchen Aufklärung und guten Willen und ein paar Informationen setzen, die »nicht nur auf die Überzeugung politisch Schwankender (zielen), sondern auch auf die Solidarität Gleichgesinnter« am Kern des (Deutschen-) Problems vorbei. Die Frage bleibt dann nur, wie absichtsvoll sie das tun. Denn Bednarz und Pleitgen, das zeigt die harsche Reaktion der ARD-Aufsichtsgremien, haben sich mit ihrer Kommentierung des Solinger Brandanschlages, mit der Verknüpfung von der De-facto-Abschaffung

des Asylrechts und dem wenige Tage darauf erfolgten Mord, außerhalb des routinierten Mediendiskurses über Rechte gestellt.

Das dokumentieren auch Reaktionen aus dem Kreis der Kollegen. »Über allem steht häufig«, resümiert das Fachblatt *journalist* die Auseinandersetzung von Medien mit dem Rechtsextremismus, »eine rigide moralische Entrüstung, der erhobene Zeigefinger«. Unmittelbar im Anschluß daran wird der Medienjournalist Uwe Kamann vom epd-Fachdienst »Kirche und Rundfunk« zitiert, der den »moralischen Rigorismus«, den Bednarz und Pleitgen mit ihren Tagesthemens-Kommentaren bewiesen hätten, als »Scharfrichter-Haltung« geißelt.

Kamann und viele seiner Kollegen setzen statt dessen wie Schröder und Twyker auf »Aufklärung, Nachfragen, das Aufsuchen der Fakten, das systematische Hinschauen auf die tatsächlichen Probleme - dort vor allem, wo die sozial Benachteiligten die Zuwanderung als reale Konkurrenz, als Verteilungskampf um begrenzte Sozialtats erleben«. In dieselbe Kerbe schlägt Wolfgang Schreiber, der mit Blick auf die Berichterstattung von Solinger Tagblatt und Solinger Morgenpost nach den Brandanschlägen zu bedenken gibt: »Wenn gerade ältere Leser ihr Umfeld täglich subjektiv als abweisend und bedrohlich empfinden, lassen sie sich eben nicht mit netten Geschichten über nette Leute abspeisen - im Gegenteil: Das kann die Ablehnung noch verstärken.« Dagegen gelte: »Mit behutsamer Berichterstattung... lassen sich Leser durchaus für Ungewohntes oder gar Unbequemes gewinnen« (alle Zitate aus *journalist* 9/93). Und im Zweifelsfall rät Schreiber, rechtsextreme Gewalttaten auch mal mit Schweigen zu übergehen, denn: »Viele Täter werden erst durch die riesige Medienresonanz zu weiteren Anschlägen ermuntert... Klären Journalisten wirklich noch auf, wenn sie sich auf jede Straftat stürzen?«

Die Überlegungen dieser JournalistInnen sind bemerkenswert - vor allem, weil sie allesamt ihren Ausgangspunkt beim Solinger Brandanschlag haben. Der Begriff »Scharfrichter«, der immerhin Tod und Verderben nahelegt, wird für die Kommentatoren des Ereignisses reserviert, deren »moralischer Rigorismus« darin bestanden hat, den Brandanschlag nicht als isoliertes Verbrechen zu betrachten, sondern auf die Mitverantwortung der »publizistischen Biedermänner« (Bednarz) bzw. auf das ausländerfeindliche Klima im ganzen Land, im »Volk der Heuchler« (Pleitgen) hinzuweisen.

Und was, so fragt man sich, wäre das Ziel eines »systematischen Hinschauens auf die tatsächlichen Probleme« gewesen? Hätten Pleitgen, Bednarz und die anderen Kommentatoren die Ursache des Anschlags im »Verteilungskampf um begrenzte Sozialtats« suchen sollen? Das klingt polemisch und absurd - zeigt aber die Fixiertheit eines Gutteils der Medienschaffenden auf die Probleme ihrer eigenen Landsleute, ihre dunkel deutsch gefärbte Brille. Selbst nach den Solinger Morden noch, wo evident wie selten ist, wer die Opfer, wer die Täter sind, wer gefährdet, bedroht, ausgegrenzt ist und wer nicht, wie groß die Rolle des Ressentiments ist und wie unbedeutend _sdie »sozialpolitische Komponente«, sperren sich diese Medienschaffenden, deutliche, einfache Antworten zu akzeptieren, als wäre Kompliziertheit die Voraussetzung für Wahrheit. Und was soll das »Ungewohnte« oder gar »Unbequeme« sein, das aus diesem Anlaß Lesern »mit behutsamer Berichterstattung« nahegebracht werden müßte. Daß der Verfassungsschutz einen Kampfsportlehrer für rechtsextreme Gewalttäter unter Vertrag hatte? Oder daß es Türkinnen und Türken in Deutschland gibt? Daß viele von ihnen Muslime sind? Manche ein Kopftuch tragen, manche Obst und

Gemüse verkaufen, andere arbeitslos sind, und der eine oder die andere sogar einen Mercedes besitzen? Und was vor allem hat das mit Brandanschlägen und rechter Gewalt auf den Straßen zu tun?

Medien und Ausländerkriminalität

Das Gerede von den »Sorgen und Ängsten der Bürger« (und das sind wie selbstverständlich fast immer die deutschen Bürger; das Blut-Staatsbürgerschafts-Denken, das im Grundgesetz festgeschrieben ist, prägt auch die aktuelle Medienberichterstattung) ist der schreibenden und sendenden Zunft so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß ihnen die Arbeitsmittel auch dann nicht stocken, wenn sie die Verhältnisse förmlich auf den Kopf stellen. Es geht um die Berichterstattung über rechtsextreme Gewalt, und gewarnt wird davor, die Bedrohungsgefühle der älteren Leser - und damit ist nicht Nazim Arslan gemeint, dessen Familie in den Möllner Flammen umgekommen ist, sondern Hermann XY, der Angst hat, daß »Zigeuner« ihm die Wohnung ausrauben könnten - nicht ernst zu nehmen. Wenn bundesdeutsche Medien sich mit Rechtsextremismus auseinandersetzen - das ist ein Grundsatz, der nach dem ersten Erschrecken über die zunehmende rassistisch motivierte Gewalt immer weniger Ausnahmen kennt -, liegt zweierlei ganz nah: das Rasonieren über die traurigen sozialen Verhältnisse, denen die Täter mutmaßlich oder tatsächlich entstammen, und die Debatte über »Ausländerkriminalität«.

Wie schon im Verlauf der Asyldebatte zeigt sich dabei, wie bereitwillig und reibungslos die Medien die Schwerpunktsetzung der politischen Parteien, die ja gerade die Innere Sicherheit und besonders deren Bedrohung durch »organisierte Kriminalität« im Wahlkampf zum herausragenden Thema gemacht haben, übernehmen und sich selbst zu eigen machen.

Am 15. Juni 1994 strahlte die ARD zur besten Sendezeit, um 20.15 Uhr, eine neue Folge der Zollfahnder-Serie »Schwarzrotgold« aus: »Polska Mafia«. Dieter Meichsner erzählte darin eine Geschichte, die geradezu rührend dem neuen deutschen Volksmythos Ausländerkriminalität huldigt und von einer so schlichten und ergreifenden Dramaturgie ist, als wäre sie von einem Referenten aus Manfred Kanthers Bundesinnenministerium erdacht worden. Irgendwo im Osten, in einer Plattenbausiedlung verdingen sich Dutzende vietnamesischer Familien, die von den Zollfahndern auch im Film vorzugsweise »Fidschis« genannt werden, als Hehler von geschmuggelten Zigaretten. »Wir könnten den Block hier täglich zweimal durchsuchen, und immer wäre alles voller Schmuggelware«, bringt ein Zollfahnder, der, wie ein Kollege anzüglich lächelnd bemerkt, »eine Vorliebe für alles Asiatische hat«, das Dilemma auf den Punkt. Sein Kommissar fühlt sich noch bedrohter und erklärt, daß wer mit Zigaretten deale, bald auch richtiges Rauschgift ins Land bringen werde und dann gnade uns Gott ...

Verantwortlich sind letzten Endes allerdings nicht die Vietnamesen, die sich dank des Engagements eines schon lange im Westen lebenden Gastwirts schließlich der Polizei anvertrauen. Diesem Gastwirt verdanken wir nicht nur die Information, daß die »Polenmafia« hinter allem Übel steckt, sondern auch wertvolle Einblicke in die vietnamesische Mentalität. Während die Vietnamesen, die schon lange im Westen leben, nicht kriminell geworden sind, haben die Vietnamesen, die im Osten lebten, aufgrund der sozialistischen Erziehung ihre traditionellen Werte verloren - und sind deswegen leicht zu kriminellen Machenschaften zu verführen ...

Ähnlich wie in Medienkreisen leidet auch das Beamtenmilieu unter dem »moralischen Rigorismus« von einigen Querulanten in der Öffentlichkeit, und so wird Kommissar Zaluskowski von seinem Vorgesetzten scharf gemaßregelt, weil er beständig von der »Polenmafia« spricht. Obwohl er dem Drehbuch zufolge faktisch völlig im Recht ist, soll er Zurückhaltung üben, »weil wir sonst sofort als Ausländerfeinde an den Pranger gestellt werden«. Daß auch im Zollamt selber natürlich eine Kollegin arbeitet, die dem in diesem Zusammenhang absurden Gedanken anhängt, daß der Tierschutz wichtiger ist als die Anti-Mafia-Arbeit, trägt ebenso zur Verbitterung bei wie die späte Erkenntnis, daß »die Polen« Unterstützer in Deutschland haben. »Der Brückenkopf für die Polen ist Deutschland«, sagt Zaluskowski, der sich offensichtlich im Krieg wähnt. Kein Wunder, hält das Drehbuch doch noch ein paar Auseinandersetzungen zwischen polnischen Gangs auf deutschem Boden parat, einen naiven Richter, der die Grundsätze des Haftrechts sogar auf Ausländer anwenden will und dem Zoll damit fast jede Chance nimmt, doch noch einen großen Sieg zu erkämpfen. Geschichten dieser Art prägen in den letzten Jahren die Krimiserien im deutschen Fernsehen. Chinesische Triaden, tschetschenische Mafia, kriminelle Pizzabäcker, verrohte ausländische Jugendliche, schwarze Dealer, gnadenlose »Schlepper«: alles, was den Stammtisch bewegt, bevölkert irgendwann auch die Serien, sorgt für Einschaltquoten und die Verlängerung des Ressentiments in die Abendunterhaltung hinein.

»Wollen Sie wirklich einen Tatort ohne Ausländer?« - aber nein doch, da weiß man wenigstens, wo das Böse zu suchen ist. Die kurzen Zeiten, in denen der offene Rassismus noch Empörung hervorgerufen hat, Sendungen abgesetzt wurden, weil sie Minderheiten diskriminieren, sind vorbei. Heute muß nicht einmal mehr gerechtfertigt werden - rechtfertigen müssen sich allenfalls die KritikerInnen, denn das Geschehen gilt als »wahr« und »aus dem Leben gegriffen«. Und das, was das deutsche Fernsehen und seine MitarbeiterInnen durch viele Features und Magazin-Beiträge hindurch so einfühlsam bewegt und getrieben hat, die Fragen: »Warum machen die Jugendlichen das?«, »Wieso geht es ihnen schlecht?«, kommt in dieser serien- und quotengerechten Verarbeitung der Volksempfindlichkeiten nicht einmal am Rande vor.

Nun kann man dem deutschen Fernsehen, insbesondere seinen öffentlich-rechtlichen Anstalten, nicht vorwerfen, sie sendeten nur oder überwiegend Beiträge der Qualität von »Polska Mafia« - Ausnahmen sind es aber auch nicht mehr. Und was vielleicht noch bedeutsamer ist: Eine Folge wie »Polska Mafia« gilt als gelungene, unproblematische Unterhaltung und wird auch so konsumiert. Keine Diskussion davor oder danach, keine Talkshow, keine programmatischen Interviews machen sie zu etwas Besonderem. Sie ist ein Stück Mediennormalität - und wird gerade deswegen auch so unreflektiert wahrgenommen. Ideologieproduktion findet aber vor allen Dingen im Alltag statt. Wo der Fernsehzuschauer mit sich und seinen Gefühlen zu Hause ist, werden die Ressentiments und Vorurteile verfestigt und bestätigt.

Einer Spielfilmproduktion dagegen wie Thorsten Nätchers Zweiteiler »Die Bombe tickt«, die im Frühjahr 1994 durch die Dritten Programme gelaufen ist, wird durch Vorbereitung, Nachbereitung, durch Präsentation und Konzeption der Status des Außerordentlichen zugewiesen. Das mag gut gemeint sein, ein Versuch vielleicht, dem Vorwurf zu entgehen, so ein Projekt zu »verstecken«, oder einer, möglichst hohe Zuschauerzahlen zu erreichen. Das aufgeregte Bemühen bewirkt aber auch ein gewisses Befremden - so als ob Nätchers Film

eines besonderen Hinweises bedürfte, anders gesehen werden müßte als sonst ein Freitagabendspielfilm: Achtung antifaschistisch!

Das ist die »good will«-Produktion, das außerordentliche Ereignis, mit dessen Implikationen und Überlegungen die ZuschauerInnen im Alltag dann nicht mehr behelligt werden sollen. Der wird auch weiterhin von »unpolitischen« Filmen und Spielshows bestritten, spannend, die Vorurteilsstrukturen nicht belastend, ruhig auch mal rassistisch. Nur am Rande sei bemerkt, daß auch in Näthers Film keineswegs der alltägliche Rassismus die Geschichte trägt. Die Spannung wird durch große Verschwörungen und den Konflikt eines faschistisch/antifaschistischen deutschen Geschwisterpaars aufgebaut. Auch hier stehen keine aktiven und sich wehrenden ImmigrantInnen im Zentrum der Geschichte, sondern die Kämpfe zwischen dem guten und dem bösen Deutschland, wobei das gute Deutschland immerhin realistischere nachhaltige Unterstützung durch eine niederländische Antifa-Gruppe bedarf.

Daß »Ausländerkriminalität« in den bundesdeutschen Medien ein, mit größerem Abstand zu den mörderischen Brandanschlägen in Mölln und Solingen, zunehmend bedeutsames Thema wird, hat seinen Grund nicht nur in der Orientierung auf die Bonner Politik, sondern ergibt sich fast zwangsläufig aus den Erklärungsansätzen für ausländerfeindliche Gewalt, die die Medienberichterstattung dominieren. »Andere Kulturformen, andere Lebensart, aber auch die Kleinkriminalität brachte die Rostocker gegen die Sinti und Roma auf«, erklärt ein Berichtersteller in einem ARD-»Brennpunkt« dem Fernsehpublikum, um die »Hintergründe« des Rostocker Pogroms freizulegen. »Die Skinheads (durften) sich als eine Art politischer Vorhut begreifen, die handelt, während der Staat versagt. Mit der Feuerlunte suchten die Radikalen jene Probleme zu lösen, die von den Politikern zu Tode geredet werden«, pflichtet der Spiegel in einer Titelgeschichte zum Thema bei. So wie die rechte Gewalt vorwiegend als Jugendphänomen behandelt wird, werden auch mit großer Beharrlichkeit soziale und psychische Verelendungsprobleme der Täter in den Mittelpunkt der Berichterstattung gerückt.

Der zumindest zeitlich offensichtliche Zusammenhang von einer Zunahme rechter Gewalt und Wiedervereinigung, Restauration des deutschen Nationalbewußtseins und öffentlichem Wiederaufleben nationalsozialistischer Ideologie und Praxis spielt dagegen nur bei seltenen Anlässen und Gelegenheiten eine Rolle. Dann, wenn wie nach den Brandanschlägen von Mölln und Solingen der Schock so groß ist, daß die Routine der Erklärungen, die bis dahin immer wieder passend zurechtgestanzten Erklärungen überhaupt nicht mehr passen mögen. »Die Morde an drei Türkinnen in Mölln haben Deutschland verändert: Fremdenhaß und Gewalt gegen Ausländer, so wird plötzlich klar, haben sich krebbsartig in der Gesellschaft ausgebreitet - Folge jahrelanger Verharmlosung und Verdrängung des rechten Terrors durch Justiz und Regierende«, leitet der Spiegel seine Titelgeschichte zu Mölln, »Die Mörder von rechts« (49/92), ein. Nachdem »plötzlich« klargeworden ist, was vorher gerade die Medien routiniert übersehen haben, sind auch die Schuldigen sofort zur Hand: Justiz und Politik. Reflektion der eigenen Arbeit war noch nie die Stärke der bundesdeutschen Medien, auch nicht ihrer investigativen Abteilung. Nur noch vereinzelt flackert, wie anlässlich des Magdeburger »Herrentages«, Empörung auf. Das Ansehen Deutschlands, um das sich die Kommentatoren vornehmlich besorgt gezeigt haben, wenn sie über rechte Gewalt schrieben, scheint gerettet: Einladungen an die Bundeswehr, auf den Champs-Élysées zu paradieren, und an den

Bundespräsidenten, des polnischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus zu gedenken, sprechen eine beruhigende Sprache. Die Publizistik kann die immer noch täglichen Angriffe auf Flüchtlinge und ImmigrantInnen wieder in den Kurzmeldungen oder auch gar nicht abhandeln.

Statt dessen rückt ins Blickfeld der Öffentlichkeit, was dem Ansehen Deutschlands bei den Deutschen schadet. »Insgesamt haben es die Bürger... mit erstaunlicher Langmut ertragen, daß die Politiker über Jahre hin nicht in der Lage oder willens waren, angesichts einer mehr und mehr außer Kontrolle geratenen Zuwanderung zu handeln... Sie verbitten sich mit Recht politische Belehrungen, und sie dürfen sagen: Jetzt ist es genug.« Das hat die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 28. Mai 1993 veröffentlicht, am Tag vor den Morden in Solingen. »Umfragen belegen, daß die Bevölkerungsmehrheit in der Kriminalität von Ausländern ein schwerwiegendes Problem sieht.« Das schreibt der stern ein knappes Jahr später (30/1994) in einer Geschichte, die in gewisser Weise typisch für die Behandlung des Themas in vielen Medien ist. »Trend zum importierten Verbrechen« heißt der Aufmacher des Politikteils. Ressortleiter Thomas Osterkorn begründet im Gespräch mit der Jungen Welt (21.7.1994) die Veröffentlichung des Artikels damit, daß das Thema »sonst immer ausgeklammert« wird. »Wir veröffentlichen im Jahr ja sonst auch an die zehn Geschichten gegen Fremdenfeindlichkeit«. Sich des Stolpersteins gewahr werdend, schickt Osterkorn noch schnell hinterher: »Und diese Geschichte soll ja auch nicht Fremdenfeindlichkeit bestärken.«

Schon die Illustrierung läßt einen daran zweifeln, daß die stern-MacherInnen sonderlich viel Mühe darauf verwendet haben, das zu verhindern. Das wichtigste Foto des Textes zeigt einen übel zugerichteten, in seiner Blutlache liegenden Mann. Die Bildunterzeile behauptet: »In Köln tötete ein unbekannter Südländer einen 47jährigen Witwer, Vater von drei Söhnen«. Woher die Redaktion weiß, daß der unbekannte Täter »Südländer« war? Osterkorn: »Es gab da so Täterbeschreibungen.« Und das Klischee-Bild eines Südländers, schwarzer Schnäuzer, dunkle Augen, erscheint dann auch auf den sieben Seiten des Berichts als Logo.

Auch die anderen Bilder transportieren weniger Informationen, als daß sie Vorurteile bestärken. In ein Foto, auf dem ein Schwarzer und zwei Weiße mit einer Dose Fanta und einer gedrehten Zigarette zu sehen sind, ist eingebildet »Drogenhandel: Das Geschäft mit dem Tod«. Die Bildunterschrift behauptet: »In der Frankfurter Taunusstraße dealen Marokkaner, Kurden und Jugoslawen ungeniert mit Heroin, Kokain und Haschisch.« Nun werden in der Taunusstraße sicher auch Deutsche dealen, auf dem Foto dealt dagegen, zumindest erkennbar, überhaupt niemand.

Ein weiteres Bild zeigt einen auf offener Straße am Boden liegenden Mann, dem die Hände gefesselt werden und der von Zivilbeamten der Polizei mit der Waffe bedroht wird. Die Bildunterzeile erzählt, was nicht zu sehen ist: »Polizisten nehmen einen Kosovo-Albaner fest, der auf offener Straße einen Landsmann erschossen hat.«

Die Fakten, die der stern präsentiert, sind altbekannt, einen aktuellen Aufhänger, eine gründlich recherchierte Einzelgeschichte gibt es nicht - wieso die Story trotzdem den Politikteil eröffnet, mag günstigstenfalls mit dem »Sommerloch« erklärt werden. Auf jeden Fall hat aber auch die Einschätzung der Blattmacher,

daß das Thema Aufmerksamkeit erregen kann, sich gut verkaufen läßt, die Entscheidung, es so herauszuheben, motiviert. Um so wichtiger wäre es gewesen, mit dem politisch brisanten Material besonders sorgfältig umzugehen. Statt dessen werden erst einmal im Zehnzeilen-Takt dramatische, aber auf ein Faktenskelett reduzierte Einzelgeschichten wie diese erzählt: »In der Nähe von München nehmen Gangster die Familie eines Bankkassierers 17 Stunden als Geiseln. Als Eckhard Koch, 51, nach Hause kommt, schlagen sie ihm ins Gesicht, foltern ihn mit Elektroschocks. Dann drücken sie seiner Frau einen Pistolenlauf in den Mund, bis Kock bereit ist, bei der Öffnung des Banktresors zu helfen, in dem 1,5 Millionen Mark liegen. Fünf von sechs Tatverdächtigen kann die Polizei schnappen - alles Serben. Nur Zvonko Todorovi entkommt. Der 24jährige war schon einmal wegen Drogendelikten aus Deutschland ausgewiesen worden, aber als Flüchtling zurückgekehrt.« Die Geschichte ist, das merkt jede und jeder, spektakulär, daß sie auch in hohem Maße spekulativ ist, wird geschickt übergangen und erschließt sich nur kritischen LeserInnen. Belegt ist nämlich nur, daß ein besonders brutaler Bankraub geschehen ist, Tatverdächtige gefaßt wurden und ein Verdächtiger entkommen konnte. Tatverdächtige sind aber nicht notwendigerweise die TäterInnen.

Der Artikel gibt so wenig Aufschluß über den Zeitpunkt der Festnahmen, den Stand des Verfahrens, die Details der Ermittlung, die Indizien und Augenzeugenberichte, daß sich ein eigenes Urteil kaum bilden läßt. Auch die Zusatzangaben über den nicht Gefaßten, daß er schon einmal wegen Drogendelikten aus Deutschland ausgewiesen worden ist und als Flüchtling zurückkehrte, sagen nicht wirklich etwas aus. Die Ausweisung setzt, was der Artikel verschweigt, keine rechtskräftige Verurteilung, sondern wieder nur den Tatverdacht voraus. Und der reine Rauschgiftkonsum ist genauso ein Drogendelikt wie das Mitsichführen geringer Rauschgiftmengen oder auch die Dealerei im großen und kleinen Maßstab. Daß der Ausgewiesene als Flüchtling zurückkehrte, ist solange ohne Informationswert, wie wir nicht wissen, wann er ausgewiesen und unter welchen Umständen er zurückgekehrt ist. Ist er vielleicht 1986 ausgewiesen worden und 1992 als Kriegsflüchtling wieder eingereist?

Und was spricht dafür, daß er an dem Bankraub mit Geiselnahme beteiligt war? Und was hat seine Nationalität damit zu tun? Meint der stern-Reporter, daß die Brutalität des Vorgehens »typisch serbisch« sei? Sieht er sie in Zusammenhang mit der allgemeinen Brutalisierung der Verhältnisse im Bürgerkriegsland Jugoslawien? Ist ihm das Ereignis ein wichtiges Indiz für die Allgegenwärtigkeit »organisierter Kriminalität«? Oder will er »nur« darauf hinweisen, daß ohne die Anwesenheit von Serben in Deutschland wahrscheinlich ein Bankraub weniger begangen worden wäre? Wir bekommen darauf auch im weiteren Verlauf des Artikels keine Antwort. Ob oder inwieweit sich »Ausländerkriminalität« von der »Deutschenkriminalität« unterscheidet, wird im stern nicht thematisiert.

»Die Zeitungen sind voll mit Horrormeldungen«, steht am Ende der Auflistung einer Serie schrecklicher Gewalttaten, die tatsächlich oder angeblich von Ausländern begangen worden sind. Als »Horrormeldungen« gelten gewöhnlich Meldungen, die in stark übertriebener und zugespitzter Form über Gewalt oder andere unwillkommene Ereignisse berichten. Meint der stern, die bis dahin reportierten Geschichten seien »Horrormeldungen«, also übertrieben und aus dem Zusammenhang gerissen, um Stimmung zu erzeugen? Wurden sie also nur aus pädagogischen Gründen an den Anfang gestellt, um hinterher nur noch deutlicher zu machen, daß ein paar Zeilen Schrecken nicht die ganze Wahrheit

wiedergeben? Oder meint der stern, daß Verbrechen, wie sie Ausländer in Deutschland begehen, so entsetzlich sind, daß sie als »Horror« beschrieben werden müssen?

Auch darauf gibt der Artikel keine Antwort. Statt dessen werden, um Unvoreingenommenheit zu demonstrieren, die allerdings durch Aufmachung und Stil des Artikels konterkariert wird, Positionen nebeneinander gestellt: »Ist Deutschland zum „Tummelplatz ausländischer Krimineller“ geworden, wie Bundesinnenminister Kanther klagt?... Oder bestärkt allein schon der Begriff vorhandene Vorurteile gegen Fremde, wie Cornelia Schmalz-Jacobsen, die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, fürchtet? Ist bereits das Wort geistige Brandstiftung?« Da der Begriff »Ausländerkriminalität« vom stern reichlich und ohne Distanzierung verwendet wird, können Autor und Chefredaktion die Position von Frau Schmalz-Jacobsen nicht richtig finden. Warum sprechen sie das nicht offen aus, warum gibt Wolfgang Metzner die Frage wieder, als hätte er darauf noch keine Antwort? Er will - es geht schließlich, wie wir im Folgenden erfahren, um ein Thema unerhörter Wichtigkeit und Bedeutung, um eine Frage deutscher Identität geradezu - als unbefangener Autor erscheinen: »Bei kaum einem Thema ist die Nation so gespalten wie bei der „Ausländerkriminalität“. Die Rechten verwenden es als Munition für den Wahlkampf. In Kreisen, die sich für liberal und weltoffen halten, ist es dagegen ein Tabu. Dort gehört es zur „political correctness“, daß man den Begriff gar nicht erst in den Mund nimmt. Doch Umfragen belegen, daß die Bevölkerungsmehrheit in der Kriminalität von Ausländern ein schwerwiegendes Problem sieht.«

Der stern will sich weder auf die Seite der Rechten schlagen noch auf die derer, die sich »für liberal und weltoffen halten«, es offensichtlich aber nicht sind. Woher der stern seine Einschätzung nimmt, daß die Kriminalität von Ausländern ein »Tabu« für die angeblichen Liberalen sei, erfahren die LeserInnen nicht. Cornelia Schmalz-Jacobsen kann jedenfalls nicht als Beleg für die Tabuisierung des Themas herhalten, weil gerade ihre Behörde sich sehr intensiv und öffentlich mit Straftaten, die AusländerInnen begangen haben, und deren Rezeption bei den Deutschen befaßt hat. Auch andere AutorInnen, die dem stern möglicherweise als solche erscheinen mögen, die sich »für liberal und weltoffen halten«, haben sich nicht durch eine Tabuisierung des Themas hervorgetan, sondern durch Positionen, die sich kritisch mit der Behandlung des Themas auseinandersetzen - was ein Unterschied ums Ganze ist. Die Überlegung, den Begriff »Ausländerkriminalität« nicht unreflektiert zu übernehmen, sondern wegen seines ideologischen Gehalts zu kritisieren, ist im übrigen auch keineswegs ein Automatismus, der aus einem stumpfen Bekenntnis zur »political correctness« resultiert, wie der stern nahelegt, sondern Ergebnis einer seit Jahren geführten politischen und kriminologischen Debatte.

Daß Metzner nach seinem Ausfall gegen die »pc«-AnhängerInnen dann mit einem »Doch« fortfährt, als wäre bereits die Tatsache, daß die meisten Deutschen »Ausländerkriminalität« für ein »schwerwiegendes Problem« halten, ein gutes Argument gegen die KritikerInnen des Begriffs, zeigt wie suggestiv der ganze Text angelegt ist. Statt sich mit der Debatte, den Fakten und ihren Hintergründen eingehend zu beschäftigen, wird erst mal auf das Thema eingestimmt - und zwar mit rhetorischen Fragen und sprachlichen Kniffen, die dem Autor ermöglichen zu sagen, er habe alle Seiten zu Wort kommen lassen.

Im Folgenden reportiert der stern die Zahlen der einige Wochen zuvor von Bundesinnenminister Kanther vorgestellten Polizeilichen Kriminalstatistik, derzufolge 33,6 Prozent der Tatverdächtigen »Nicht-Deutsche« waren, obwohl deren Anteil an der Gesamtbevölkerung nur 8,5 Prozent beträgt.

Überproportional hoch sei der Anteil nicht-deutscher Tatverdächtiger auch bei schweren Delikten wie Heroinschmuggel (45,5 Prozent), Mord und Totschlag (30,7 Prozent) oder Vergewaltigung (36,9 Prozent)... Die Kritik an diesen Zahlen ist dem stern bekannt - Argumente des niedersächsischen Kriminologen Pfeiffer, der auf die Unvergleichbarkeit der Zahlen von ausländischer und deutscher Bevölkerung hinweist, weil zahlreiche Delikte (z.B. Verstöße gegen das Asylverfahrensgesetz) nur von AusländerInnen begangen werden können, werden sogar zitiert.

Dagegen setzt der stern allerdings Angaben der Kriminologin am bayerischen LKA Wiebke Steffen, die 1992 im Auftrag des bayerischen Innenministeriums eine kriminologische Feinanalyse der bayerischen Kriminalstatistik veröffentlicht hat. Selbst bei statistischer Bereinigung von ausländerspezifischen Delikten und einer Berücksichtigung unterschiedlicher Altersstrukturen von deutscher und nicht-deutscher Wohnbevölkerung sei die »Kriminalitätsbelastung der Ausländer«, resümiert der stern, etwa dreimal so hoch. »Schönrechnen ist nicht hilfreich«, wird die bayerische Kriminologin zustimmend zitiert, Pfeiffers Kritik an der PKS ist damit vom Tisch gewischt.

Nur hat Pfeiffer nichts schöngerechnet - und Wiebke Steffens Arbeit ist zwar fleißig, kriminal-politisch gesehen aber ziemlich wertlos. Denn es lassen sich aufgrund der Angaben der »Polizeilichen Kriminalstatistik« wohl ein paar Rahmendaten, wie Altersstruktur, Wohnort (Großstadt, Kleinstadt, Land) und Geschlecht der TäterInnen herausrechnen, wirklich vergleichbar gemacht werden »die Deutschen« und »die Ausländer« damit aber nicht, denn über die gravierenden sozialökonomischen Unterschiede zwischen deutscher und nicht-deutscher Bevölkerung und über die soziale Lage von Tatverdächtigen gibt die PKS keine Auskunft. Das wären aber, darüber sind sich KriminologInnen und SozialwissenschaftlerInnen weitgehend einig, Informationen von erheblicher Bedeutung.

Im Gespräch mit der Jungen Welt hat Wiebke Steffen zugestanden, daß die Nationalität für die Frage der Kriminalität, »wenn Sie das so deutlich fragen«, keine Rolle spielt: »Ob jemand einen deutschen Paß hat oder nicht, macht ihn nicht mehr oder weniger kriminell.« Kriminalität wird auch in den Augen von Frau Steffen im allgemeinen durch Benachteiligung erzeugt, »und Benachteiligungen gibt es für die hier lebenden Ausländer mehr als reichlich: Deutsche, die in einer vergleichbaren Situation wären wie die hier lebenden Ausländer, auch wenn das nicht vorstellbar ist, wären wahrscheinlich genauso kriminalitätsbelastet, wenn nicht sogar noch belasteter«. Was Wiebke Steffen allerdings nicht daran hindert, in ihrer Arbeit nicht die aussagekräftigeren sozioökonomischen Informationen auszuwerten, sondern die eher nichtssagende Zugehörigkeit zu »Ethnien«, die der stern äußerst zitierfähig findet: »Albaner haben wahnsinnig hohe Belastungszahlen, und Russen sind stark im Kommen.«

Polizeistatistik, eigentlich inzwischen eine Binsenwahrheit, hat legitimatorische Funktion - hier dient sie zur Legitimierung und Beförderung rassistischer Flüchtlings- und Ausländerpolitik. Folglich werden seit geraumer Zeit auch immer mehr und immer genauere ethnische Daten erhoben. Aber darüber verliert der

stern kein Wort. Und auch die Auswahl seiner Zitate von Wiebke Steffen zeigt, daß keineswegs eine »objektive« Darstellung »des Problems« gefragt war. Schon die Auswahl der Frage und die Strukturierung des Interesses erfolgten mit Blick auf eine Geschichte, in der »Ausländerkriminalität« als große Bedrohung der Deutschen präsentiert werden sollte und in der eine Anmerkung wie die, daß Nationalität strenggenommen überhaupt keine Aussagekraft hat, so wenig Platz hat wie die Frage danach, warum die PKS immer stärker ethnisch differenziert.

Die Ressentiments schürende Sprache prägt auch den Rest des sieben Seiten langen Textes. Über die U-Haftanstalt Preungesheim erfahren wir, daß »babylonisch(es) Lautgewirr herrscht«. Es sind also mithin noch nicht mal Sprachen, die dort gesprochen werden, sondern nur exotische Laute: »Von 775 Gefangenen sind, von Tag zu Tag schwankend, rund 600 Ausländer, die aus allen Ecken der Erde - von Kolumbien bis zur Mongolei - stammen.« Die unverständlichen, wahrscheinlich finsternen Vorgänge dort werden bemüht ausgeschmückt. »Zeitungen mit arabischen Schriftzeichen« werden nicht etwa gelesen, sie »kursieren« wie die Zirkulare eines Geheimbundes, »im Krafraum stählen sich kräftige Kerle vom Balkan... Wenn einmal im Monat der Imam die Moslems zum Gebet ruft, dann rollen reihenweise schwere Jungs ihren Teppich aus«.

Der stern schreibt von »importierter Kriminalität«, und es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, wie etliche seiner LeserInnen die kurze Kopfrechenübung »775 minus 600« absolvieren, um zu dem Ergebnis zu kommen, daß eine konsequente »Ausländer raus!«-Politik die deutschen Knäste schlagartig leeren, Babylon und den Balkan-Kraftmeiereien ein Ende bereiten und die Heimat wieder sicher sein lassen würden.

Das »meint« der stern wahrscheinlich nicht so - er leistet diesem Denken aber Vorschub. Daß er neben Fakten, die das Ressentiment schüren, auch ein paar Hintergrundinformationen aufbereitet, ändert daran nichts. Weder die Gewichtung der Daten noch der Ton des Artikels sind geeignet, Vorurteile wirklich zu entkräften und der Kriminalitätsdebatte ihren nationalistischen Unterton zu nehmen.

Und auch die Zitate von Daniel Cohn-Bendit, der gegen Ende des Textes für eine doppelte Staatsbürgerschaft plädieren darf, weil die Integration ausländischer Jugendlicher auch deren Sozialverhalten verbessern würde, ändern an diesem grundsätzlichen Problem des Textes nichts. Sie wirken wie die Erwähnung der von Rechten ermordeten Ausländer im letzten Satz des Artikels wie eine Pflichtübung - geschrieben, um den »ausländerfreundlichen« Teil der stern-LeserInnenschaft nicht zu verprellen, aber nicht, weil diese Aspekte wirklich ernst genommen würden. Dann hätte der Artikel anders geschrieben, mit weniger blutrünstigen Fotos aufgemacht, dann hätten auch die ExpertInnen anders befragt werden müssen. Zudem stützen auch die Cohn-Bendit-Zitate die politische Stoßrichtung dieser Geschichte, die wie die meisten Beiträge in dieser keineswegs tabuisierten Debatte auf die Unterscheidung von Kriminalität der »alteingesessenen« AusländerInnen und den Delikten der Illegalen und Flüchtlinge zielt. Letztere sind es, die aktuell ins Visier genommen werden, weil sie den »Trend zum importierten Verbrechen« verursachen würden.

In der vom stern selbst erstellten Tortengrafik über den »Status tatverdächtiger Ausländer« ist deswegen das Dreieck »Illegale«, die 14,5 Prozent aller

ausländischen Tatverdächtigen ausmachen, farblich und durch die verwendete Schriftgröße herausgehoben. Die in diesem Zusammenhang nicht ganz unwichtige Information, daß gerade die »Illegalen« und die Asylsuchenden es sind, die, soweit sich das aus den Statistiken herauslesen läßt, am ehesten »ausländertypische Delikte« und nicht die schwereren Körperverletzungsdelikte begehen, fehlt dagegen: Schon ihr Grenzübertritt ist schließlich ein Verstoß gegen das Gesetz, eine nur geduldete Flüchtlingsfrau, die Hamburg verläßt, um Freunde in Gütersloh zu besuchen, hat bereits eine Straftat begangen.

Der stern-Bericht zum Thema ist aber noch aus einem anderen Grund prekär: Er zeigt, wie wirkungslos die freiwillige Selbstkontrolle gedruckter Medien, wie sie der Deutsche Presserat leisten will, de facto ist. Der Presserat hat einen »Pressekodex« und »Richtlinien für die publizistische Arbeit«, die Verlegern und JournalistInnen konkrete ethisch-moralische Anleitungen bieten sollen, verabschiedet. Eine dieser Richtlinien (Ziffer 14 vom 7.12.1971) thematisiert »Rassische Diskriminierung und Vorurteile« und empfiehlt, »bei der Berichterstattung über Zwischenfälle mit US-Soldaten darauf zu verzichten, die Rassenzugehörigkeit der Beteiligten ohne zwingend sachbezogenen Anlaß zu erwähnen«. Da sich Beschwerden häuften, daß die Medien diese Richtlinie mißachteten, hat der Presserat die eigene Richtlinie kommentiert: es müsse jeweils geprüft werden, ob die Nennung der ethnischen Zugehörigkeit von Tätern oder Tatverdächtigen »bei der Darstellung des zentralen Sachverhalts oder für das Verständnis der geschilderten Vorgänge insgesamt zwingend erforderlich ist«.

Als die Richtlinie 1988 neu gefaßt wurde, entschied sich der Presserat aber nicht, die »zwingende Notwendigkeit für das Verständnis« zur Voraussetzung für die Nennung der Nationalität zu machen, sondern den JournalistInnen selbst die Entscheidung darüber zu überlassen, ob die Nennung der ethnischen Zugehörigkeit von Tatverdächtigen für »das Verständnis des berichteten Vorgang von Bedeutung ist«. Damit hat der Presserat nicht nur die Forderungen der Betroffenen ignoriert, sondern auch die (ohnehin vage) Möglichkeit, Diskriminierung zu verhindern, aus der Richtlinie hinausformuliert. Als wäre das noch nicht genug, wurde 1991 zusätzlich festgeschrieben, daß Anlaß zu einer Rüge, Mißbilligung oder zu einem Hinweis auf einen diskriminierenden Text nur noch dann besteht, wenn die »Absicht zur Diskriminierung feststellbar sei und die ethnische Zugehörigkeit durch plakative Hervorhebung« geschehe.

Wann und inwieweit kann es aber für das Verständnis eines Mordes, über den die LeserInnenschaft sonst nichts erfährt, von Bedeutung sein, daß der eine Täter, wie der stern informiert, ein Rumäne ist, der andere ein Italiener? Und was sagt es uns, wenn wir erfahren, der Tatverdächtige bei einem Mord an einem Witwer sei »Südländer«? Die Antidiskriminierungsrichtlinie, die zeigt die Berichterstattungspraxis nahezu aller Medien täglich, ist völlig unzulänglich. Ein kurzer Blick in die Zeitungs- und Zeitschriftenveröffentlichungen, die im Pressearchiv des Deutschen Bundestages zum Thema »organisierte Kriminalität« gesammelt werden, zeigt, daß (ich beziehe mich hier auf den willkürlich gewählten Zeitraum vom 13. Juni bis zum 25. Juli 1994) in fast jedem Artikel die ausländische Nationalität von angeblichen Tätern nicht nur erwähnt, sondern meist auch besonders hervorgehoben wird. Zum Teil liefert die Polizei dafür die geeigneten Vorgaben, zum Beispiel durch die Gründung einer »Soko Vietnam«, teilweise liefern Politiker die Stichworte, anscheinend gefällt es aber auch den

Journalisten, eine möglichst große Zahl internationaler angeblicher Mafia-Gruppen aufzählen zu können.

Eine Gruppe, die jenseits der speziellen Debatte um »organisierte Kriminalität« besonders mit einer ethnisch fixierten diskriminierenden Medienberichterstattung zu kämpfen hat; * und die nicht zufällig auch von Rechten besonders ins Visier genommen worden ist, sind die Sinti und Roma. Da Sinti und Roma unter den NS-Verfolgten einen weniger anerkannten Status haben als Juden, gleichzeitig aber, im Gegensatz zu den ebenfalls besonders stark diskriminierten Flüchtlingen, seit langem in Deutschland leben und über einen Interessenverband verfügen, den Zentralrat deutscher Sinti und Roma, nehmen sie in der Diskussion um die Zuarbeit deutscher Medien zu einem allgemeinen deutschen Rassismus eine besondere Stellung ein. Der Zentralrat hat lange Jahre hindurch und verstärkt nach dem Rostocker Pogrom, der sich ja maßgeblich gegen Roma und Sinti gerichtet hat, einen engagierten, aber weitgehend erfolglosen Kampf gegen einen völkischen deutschen Journalismus und die Ausgrenzung alles »Fremden« geführt. Gerade Beschwerden beim Deutschen Presserat, um eine Verschärfung des Pressekodexes zu erreichen, waren ein wichtiger Ansatz der Zentralrats-Politik.

Während in den achtziger Jahren damit gelegentlich noch kleine Erfolge erzielt wurden (der Presserat hat von 1985 bis 1989 in sieben von acht im Schwarzweißbuch zur Spruchpraxis des Deutschen Presserates dokumentierten Fällen einen Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot im Sinn von Ziffer 12 des Pressekodexes gesehen, ohne allerdings eine Rüge - die hätte veröffentlicht werden müssen - auszusprechen), hat sich die Spruchpraxis in den neunziger Jahren dem rassistischen Zeitgeist angepaßt. In einer Beschwerde wird beispielsweise ausgeführt: »Unter der Überschrift „Große Ablöse für kleine Diebe - Roma-Kinder für Einbrüche abgerichtet“ berichtet eine Lokalzeitung über ein Ermittlungsverfahren, das ein Staatsanwalt gegen kriminelle Vereinigungen „jugoslawischer Roma“ führt, die „jahrelang Kinder gekauft oder gemietet und zu Diebstählen abgerichtet haben“.« Der Presserat entschied, er könne »eine Diskriminierung nicht erkennen... Die Zuordnung der Betroffenen zu einer ethnischen Gruppe wird so abstrakt vorgenommen, daß der Tatbestand nach Ziffer 12 des Pressekodexes nicht gegeben ist.« Auch bei einem Artikel mit der Überschrift »Auseinandersetzung zwischen Polizei und Zigeunern« weist der Presserat die Beschwerde zurück. Die nur »abstrakte Zuordnung der Betroffenen zu einer ethnischen Gruppe« wird auch in etlichen anderen Fällen als Grund für die Zurückweisung der Beschwerden genannt.

Und um den Kurswechsel deutlich zu machen, erläutert der Vorsitzende des Beschwerdeausschusses 1991, die Asyldebatte läuft auf Hochtouren, die Anschläge gegen AusländerInnen häufen sich: »Die Verwendung der Begriffe „Landfahrer“, „Roma“, „Sinti“ und „Zigeuner“ widerspricht nicht generell den publizistischen Grundsätzen des Deutschen Presserates.« Knapp zwei Jahre später, mittlerweile haben sich die Pogrome von Rostock ereignet, veröffentlicht der Spiegel ein Streitgespräch zwischen dem Sprecher des Presserates Heinrich Werner, der Vertreter der IG Medien und ehemaliger Pfarrer ist, und dem Vorsitzenden des Zentralrates der Roma und Sinti in Deutschland, Romani Rose. Der Ton des Gesprächs ist scharf und kompromißlos. Der IG-Medien- und Presseratsfunktionär Werner hält Rose vor: »In der Dritten Welt wird gehungert, die Situation in Osteuropa ist kritisch. Das hat zu einer Völkerwanderung geführt, die viele deutsche Gemeinden objektiv überfordert« (Spiegel 32/1993). Und

wenn deutsche Gemeinden überfordert sind, müssen »Zigeuner« auch mal zurückstecken. Nachdem Rose nicht glauben will, daß die »Sensibilität in den Redaktionen für die Belange der Minderheiten sich erhöht hat« und auf der Nicht-Nennung von ethnischer und »rassischer Zugehörigkeit« beharrt, geht Werner ihn an: »Sprachzensur wie früher bei der Reichsschrifttumskammer ist mit uns nicht drin.«

So wie die BRD-Justiz aus ihren Freisprüchen für Nazi-Verbrecher gelernt hat, DDR-Antifaschisten auf jeden Fall verurteilen zu müssen, haben die deutschen Medien aus der NS-Zeit gelernt, sich von den Opfern von einst heute nicht zensieren zu lassen. Aber damit stehen die Fakten erst Kopf, Werner will gerne aus Schwarz auch noch Weiß machen: »Wir können es keiner Gruppe erlauben, mit quasi erpresserischem Druck die Richtlinie zu ändern. Man kann inzwischen zur Meinung kommen, daß Sie Beschwerden nur einreichen, um ein öffentliches Podium zu haben.«

Was, einmal angenommen, es stimmte, nicht unbedingt gegen den Zentralrat sprechen müßte, sondern auch gegen die Medien, die den Sinti und Roma sonst jede Öffentlichkeit verweigern. Aber daran denkt Werner, immerhin Vertreter einer Gewerkschaft, gar nicht. Denn er denkt nicht anders als der Mainstream im Land zuerst an die Deutschen und deren Nöte und Sorgen. Nachdem Rose auf die Gewalttaten gegen Sinti und Roma aufmerksam gemacht hat - schlimm genug, daß das nötig ist -, gibt Werner zu Protokoll: »Die wirklichen Probleme in der Presse liegen doch da, wo etwa gehäuft Taschendiebstähle von Kindern aus Sinti- und Roma-Gruppen passieren.«

Mit dem kurzen und unerfreulichen Streitgespräch, das wenig mehr verdeutlicht, als wie isoliert die Sinti und Roma in ihrem Kampf gegen rechte Gewalt, gesellschaftliche Ausgrenzung und Diskriminierung durch Medien sind, bestätigt der Spiegel die Analyse von MedienwissenschaftlerInnen, daß Sinti und Roma nur Thema sind, wenn es um Kriminalität bzw. die Schwierigkeiten mit der einheimischen Wohnbevölkerung geht. Der Spiegel ist dabei für die Sinti und Roma ein besonders undankbares Forum, hat er es doch in seiner Berichterstattung, die im Index der CD-Roms zum Beispiel beharrlich mit dem Schlagwort »Zigeuner« verknüpft ist, über die Jahre nur selten unterlassen, Vorurteile zu bestätigen und Stimmung zu machen.

Die Debatte über »political correctness« und Zensur

Die Auseinandersetzung über die Berichterstattung zu Sinti und Roma und über AusländerInnen, die Straftaten begangen haben sollen, führt mitten hinein in eine Grundsatzdebatte, die in den USA seit Jahren geführt wird, die in der Bundesrepublik dagegen nur als Kürzel, das zur Beendigung jeder Diskussion führen soll, bekannt ist. Es geht um »political correctness«, die Frage also, wie sich über Sprache und Themensetzungen eine rassistische, aber längst als normal etablierte Haltung erschüttern läßt bzw. wie wenigstens verhindert werden kann, daß die Routine zu einer Verfestigung der Diskriminierung führt. Ähnlich gelagert ist der Ansatz antirassistischer und feministischer Gruppen und AutorInnen, der »hate speech« Grenzen zu setzen,; (weil der Haß, der aus der Sprache beispielsweise der Pornografie, aber auch des Rassismus und der Behindertenverachtung spricht, nicht nur ein Text ist, sondern auch eine Handlung, die mittelbar und unmittelbar bedrohlich ist.

In den bundesdeutschen Medien, die in der Regel statt die eigene Wirkung und die eigenen Strategien zu reflektieren, Absichtserklärungen publizieren, wird »pc« in der Regel unter »Tugendterror« abgehakt - wie beispielsweise von Ulrich Greiner in der Zeit (11.2.94) aus Anlaß der Aktionen von ImmigrantInnen und Antifas gegen Winfried Bonengels Film »Beruf: Neonazi« oder der von Gruppen aus der Behindertenbewegung gegen das zur Tötung behinderter Neugeborener aufrufende Buch »Should the Baby live?« der australischen MoralphilosophInnen Peter Singer und Helga Kuhse. ;) Die schroffe, kein Argument außer dem starren Repetieren des Wortes »Meinungsfreiheit« kennende Ablehnung von »pc« und von Restriktionen gegen »hate speech« durch bundesdeutsche Medien hat ihren Grund ganz wesentlich in einem gestörten Verhältnis der Herren der öffentlichen Meinung zu Bedrohten, die nicht bereit sind, sich in das Klischee des schwachen, mitleidheischenden, passiven Opfers pressen zu lassen und sich damit vom Paternalismus der Dominanzkultur abhängig zu machen.

Ein eindrucksvolles Beispiel dafür liefert zum Beispiel ein Bericht der taz vom 3. Februar 1994, in dem über die »Arroganz „antifaschistischer“ Gesinnungswärter« lamentiert wird, die »strafmündige, kritische Menschen« daran hindern wollen, »prüfen zu können, ob „die Auschwitzlüge“ ihre filmische Vollendung auf dem Gelände des ehemaligen Vernichtungslagers (findet).« Die taz-Autorin erwähnt zwar, daß das Flugblatt zur Aktion von »Flüchtlingen und MigrantInnen aus Hamburg« stammt, sie reflektiert aber mit keinem Wort, was wohl deren Motivation gewesen sein könnte. In ihrem Bericht über die Auseinandersetzungen zwischen Publikum und Aufführungs-Verhinderern kommen Flüchtlinge und MigrantInnen, die an diesem Abend anwesend waren, nicht zu Wort, gerade mal ein paar Halbsätze deutscher Antifas erscheinen ihr zitierwürdig.

Ähnliches haben auch die Mitglieder der ImmigrantInnen-Initiative »Cafe Morgenland« in Frankfurt a.M. erlebt, deren Aktion gegen den Bonengel-Film erst auf blankes Unverständnis, dann auf aggressive Gegenwehr stieß: man wolle sich nicht vorschreiben lassen, was man zu sehen habe ...

Daß Flüchtlingen und ImmigrantInnen hier von Anfang an, im Wortsinn, vorgeschrieben wird, wie sie sind (fremd) und wie sie sich zu benehmen haben (integrieren), wird nicht wahrgenommen. Auch daß sie in einem Umfeld leben, in dem nicht nur - das wird gerade seit der Wiedervereinigung immer offensichtlicher - »Meinungen« über sie vorhanden sind und in den Medien überwiegend bestätigt werden, sondern in dem »Meinungen« zunehmend konsequent umgesetzt und handgreiflich ausgedrückt werden, in dem »Meinungen« eine Stimmung formen, die zum Beispiel Menschen daran hindert, sich in bestimmte Viertel zu begeben, bestimmte Seen aufzusuchen, alleine U-Bahn zu fahren, wird einfach nicht registriert. Wie auch, sorgt doch gerade die öffentliche und im Wechselspiel damit die veröffentlichte Meinung dafür, daß nur ein ganz schmaler Ausschnitt des Lebens derer, die mittlerweile offen ins Visier genommen worden sind, überhaupt zur Kenntnis genommen werden kann.

Das ist kein Plädoyer für mehr »Aufklärung« über den »ganzen Ausländer«, die »echte Behinderte«, den »anderen Juden«. Schon das, der beständige Versuch zu erklären, daß die, die als Feinde ausgesucht werden, gar nicht so sind, daß sie das verdienen, sondern anders, harmlos eigentlich und doch ganz erträglich, beinhaltet, daß die Definitionsmacht der Deutschen, der Dominanz(un)kultur

akzeptiert wird. Hier können sich nur die sicher fühlen, die bestimmten Anforderungen genügen.

Geduldet zu werden erfordert Eigenleistung - und die Duldungsbereitschaft der Deutschen. Die Anforderungen können variieren - zur Zeit ist es, »nicht kriminell« zu sein, für Behinderte ist es zunehmend wichtiger, »nicht zur Last zu fallen«, Jüdinnen und Juden dürfen keinesfalls auch noch ZionistInnen sein, und Roma müssen sich an »unsere Kultur« anpassen. Wenn sie das tun, was sich jeder männliche Tourist aus der Rhein-Pfalz auf der Reeperbahn ganz selbstverständlich herausnimmt, Frauen angrapschen, in die Ecke pinkeln und irgend jemandem vor die Füße kotzen, dient das als zumindest akzeptabler Grund für »Unbehagen«.

Weil hier Aufklärung nicht weiterhilft, weil sich der »Fremde« tatsächlich und unabweisbar schlecht benommen hat, erscheint für diesen Spezialfall die Parole »Ausländer raus!« so richtig wie die Überlegung, daß ein »nicht kommunikationsfähiger« Säugling, der seinen Eltern erhebliche Schwierigkeiten und Probleme verursachen wird, weil die Pflege aufwendig sein wird und sich, gemessen an den Vorstellungen, die in der nichtbehinderten Welt an Kinder geknüpft sind, nicht lohnt.

Hier setzen Debatten um »political correctness«, um »affirmative action« (also aktiver Benachteiligungs-Ausgleich), gegen »hate speech« an. In ihnen ist die Definitionsmacht erst mal bei den Ausgegrenzten, Bedrohten und Diskriminierten, sie initiieren auch die Schritte und Aktionen, die unternommen werden können, um die rassistische Routine, die rechte Gewalt zu brechen. Sie - nicht der Staat. Die Behinderteninitiativen haben durch Veranstaltungen und Unterschriftensammlungen politischen Druck auf den Rowohlt-Verlag ausgeübt, die »Euthanasie«-Propaganda von Singer und Kuhse nicht zu drucken. Verfolgte und ihre Organisationen haben vor allem durch direkte Aktionen versucht, Vorführungen des Films: »Beruf: Neonazi« zu unterbinden. Das ist eine wichtige und gerade hierzulande unverzichtbare Dimension, wo den Medien wenig mehr einfällt, als ausgerechnet den Staatsapparat, dessen autoritäre Politik Rassismus und rechte Gewalt auf der Straße mithervorgerufen hat, auf den Plan zu rufen, damit er noch repressiver agiert.

Das setzt aber voraus, daß die JournalistInnen und die anderen Verantwortlichen in den Medien ihre eigene Praxis und Routine, ihren eigenen Blick auf die Gruppen problematisieren, die ins Visier der rechten Gewalt geraten sind - und daß sie die vielzitierte Behauptung, daß die Gewalt ihren Ursprung in der Mitte der Gesellschaft hat, ernst nehmen, ohne daraus wieder nur kurzzuschließen, daß sich auch weiterhin alles um diese Mitte als Mittelpunkt der deutschen Welt drehen müße. Ein Streitgespräch über deutsche Städte zwischen einem schwarzen Hamburger und einem schwarzen Münchner, das das SZ-Magazin 1993 gedruckt hat, war amüsant und ein wirkungsvollerer Beitrag zur Anti-Rassismus-Berichterstattung als jedes Aufklärungsfeature über soziale Nöte rechter Jugendlicher. Die langfristig wirkungsvollste Strategie, auch Medienstrategie, gegen rechte Ideologie und rechte Gewalt wäre, die Möglichkeit zur Selektion abzuschaffen, stringent gegen die vermeintliche Notwendigkeit, Differenz begründen und erklären zu müssen, anzugehen, der Dominanzkultur das Recht auf die Definition von Normen zu bestreiten. Das aber ist kaum zu vereinbaren mit einer Medienkultur, die uniform deutsch, weiß, mittelständisch und männlich geprägt ist. In ihr werden tagtäglich die Dominanzkultur und ihre

Normen in der Person ihrer MacherInnen reproduziert, die AusländerInnen, Behinderte, Roma und Sinti und letzten Endes auch Jüdinnen und Juden immer noch und schon wieder als »Problem« begreifen, mit dem sie bestenfalls anders und besser umgehen wollen als der Mob; auf jeden Fall wollen sie aber diejenigen sein, die handeln, dirigieren, die Bilder, Texte und damit die Vorstellungen bestimmen.

Die Auseinandersetzungen um Rassismus zwischen verschiedenen Kulturen in der sehr viel heterogeneren US-Kultur, das Beharren aber auch zum Beispiel der deutschen feministischen Zeitschrift Emma, die für eine Restriktion pornographischer Bilder eintritt, auf dem Recht, eine gegen Behinderte gerichtete »Euthanasie«-Debatte führen zu dürfen, der Antisemitismus, der keineswegs nur ein Merkmal der deutschen Dominanzkultur ist, zeigen, daß dieser Weg voller scharfer Auseinandersetzungen sein wird. Auch ausgegrenzte Gruppen sind in der Lage und willens, ihrerseits auszugrenzen, durch Diskurse, die in den eigenen Medien und mit den eigenen Mitteln geführt werden, Rassismus gegen andere Minderheiten voranzutreiben, rechte Gewalt zu befördern. Political correctness darf in einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft deswegen nur destruktiv wirken: Sie kann keine Identität definieren, nur der Diskriminierung entgegenwirken, sie darf keine neue Dominanz kreieren, sondern soll helfen, die Vorherrschaft der alten zu zerstören. Behinderte oder jüdische Pornographen sind genauso inkorrekt wie feministische oder schwule »Euthanasie«-PropagandistInnen oder schwarze AntisemitInnen.

Und auch die gegen die »pc«-Debatte gerichteten Zensurvorwürfe sind nicht einfach vom Tisch zu wischen. Es wirkt aber auch wenig durchdacht, sie als Generalargument dafür herzunehmen, jede Grenzziehung, jedes Plädoyer für political correctness oder für die Erhaltung von Tabus von vornherein als inkorrekt zu denunzieren. Zum Beispiel die Grenze zu ziehen, die eine ausgrenzende und bedrohliche »Euthanasie«-Propaganda von einer wichtigen Auseinandersetzung über die Situation Sterbender im Krankenhaus trennt, ist möglich - ihr Verlauf wird allerdings gelegentlich umstritten sein. Da es zudem keinen Automatismus gibt und geben kann, der einen diskriminierenden Text stillschweigend aus dem Verkehr zieht, hier keine mächtige Lobby irgendwelche Fäden zieht, um die öffentliche Meinung in krude Bahnen zu lenken, ist die übermäßige Sorge um das nahende Ende der Meinungsfreiheit seitens der Verfechter einer »Streit«-Kultur, die ihrerseits den Streitigkeiten enge Grenzen setzt, vollends überzogen.

Gruppen, die versuchen, gegen Texte und Filme vorzugehen, haben oft erhebliche Schwierigkeiten, die Begründungen für ihre Aktionen öffentlich zu machen. So wie viele Medien die Bedrohten zu Objekten der Berichterstattung machen und dabei oftmals die Stereotype der VerfolgerInnen reproduzieren, grenzen sie auch AntirassistInnen und AntifaschistInnen weitgehend aus. Die Meinungsfreiheit findet ihre Grenzen also nicht in der Forderung nach political correctness. Political correctness, der Versuch, die Veröffentlichung bestimmter Bücher oder die Ausstrahlung bestimmter Talkshows zu verhindern, ist vielmehr auch ein Widerstand gegen die Grenzen der Meinungsfreiheit und der Beschneidung von Öffentlichkeit, wie sie in Deutschland, ganz selbstverständlich, aber unausgesprochen, die politische Auseinandersetzung prägen.

Filme, Texte und Plakate können ihre Bedeutung ändern. In einer Phase hoher Gewaltbereitschaft und offener rassistischer Bedrohung kann diese Schwelle

schneller überschritten sein als sonst. Wann sie überschritten ist, kann dagegen nie durch ein ordentliches standardisiertes Verfahren geklärt werden - grundsätzlich sind die Bedrohten zur Wahrnehmung der Grenzen aber eher in der Lage, und es wäre ein bedeutsamer Fortschritt in der politisch-kulturellen Diskussion in Deutschland, wenn die Medien deren Positionen mehr Platz geben und größere Bedeutung beimessen würden. Und das nicht nur, wenn betroffene »Querdenker« zur Beruhigung aufrufen, indem sie zum Beispiel wie der behinderte Publizist und PDS-Kandidat Franz Christoph feststellen, es gebe gar keine besondere Gewalt gegen Behinderte - eine auf falschen Recherchen basierende Verharmlosung der Entwicklung, die ihm Anfang 1994 schnell und problemlos den Platz in den Medien sicherte, den er mit seinen Attacken gegen »Euthanasie« vorher mühsam erkämpfen mußte.

Angesichts des sich seit Jahren zuspitzenden gewaltförmigen, rassistischen Klimas spricht also einiges dafür, nicht die potentiellen Gefahren der »pc«-Debatte so in den Vordergrund zu rücken, daß die diskriminierende und deutsch dominierte Meinungsfreiheit, die kaum mehr das Etikett der repressiven Toleranz verdient, einfach fortgeschrieben werden kann. Die aktuelle Medienpraxis hat mit dazu beigetragen, daß ein tatsächlich lebensbedrohendes rassistisches Klima sich hierzulande verfestigen und etablieren konnte. Änderungen, ein Kurswechsel, der ruhig auch etwas einschneidender ausfallen darf, sind also erforderlich, auch wenn es unrealistisch erscheint, auf deren Verwirklichung zu hoffen.